

2012

Berner

Historische Mitteilungen



29. Jahrgang/2012

Redaktion:
Dr. Stefan Dyroff
Administration:
Daniela Heiniger

Herausgegeben vom
Historischen Institut der Universität Bern
Unitobler
Länggassstrasse 49
CH-3000 Bern 9

Tel.: 031 631 86 64 / 80 91
Fax: 031 631 44 10
Web: www.hist.unibe.ch/behmi

Auflage: 250 Exemplare

© 2013 by Historisches Institut der Universität Bern
ISSN 1660-1904

Editorial

Die vorliegende Ausgabe der Berner Historischen Mitteilungen (BeHMi) enthält die Zusammenfassungen von Masterarbeiten und Dissertationen, die am Historischen Institut der Universität Bern 2012 erfolgreich abgeschlossen wurden. Die Lektüre der Beiträge ergibt einen Einblick in die Vielfalt historischer Themen, die mit verschiedensten Methoden über zum Teil erstmalig erschlossenes Quellenmaterial aufgearbeitet wurden. Die Arbeiten widmen sich unterschiedlichen Regionen, wobei die Bandbreite von der Berner Lokalgeschichte über die europäische Geschichte bis zur aussereuropäischen Geschichte geht. Inhaltliche Schwerpunkte liegen dabei unter anderem auf Umwelt, Politik, Verkehr oder Erinnerungskultur. Die in einigen Arbeiten sichtbar werdende Einbindung der Studierenden und Doktorierenden in grössere Forschungszusammenhänge steht dabei beispielhaft für die Verbindung von Forschung und Lehre am Historischen Institut der Universität Bern.

Ein Teil der hier vorgestellten Arbeiten dient als Grundlage für weiterführende Dissertationen, andere werden in der aktuellen Form als Monographien u. a. in der Reihe „Berner Forschungen zur Neuesten Allgemeinen und Schweizer Geschichte“ publiziert oder ihre Ergebnisse zu wissenschaftlichen Aufsätzen komprimiert. Verweise hierzu finden sich im Schlussteil der vorliegenden Kurztex-te. Die meisten Arbeiten können auch über den Verbundskatalog IDS Basel/Bern

<http://aleph.unibas.ch>

abgefragt und in unserer Institutsbibliothek eingesehen werden. Ausserdem können ältere Jahrgänge der BeHMi bis 1999 auf unserer Homepage

<http://www.hist.unibe.ch/behmi>

kostenlos abgerufen werden.

Für diese Nummer der BeHMi war Frau Daniela Heiniger mit den umfangreichen administrativen Tätigkeiten betraut, wofür ihr an dieser Stelle herzlich gedankt sei.

Bern, im September 2013

Stefan Dyroff

Inhaltsverzeichnis

Masterarbeiten

Pema Bannwart <i>Die Verehrung von Urs und Viktor in Solothurn im Spiegel der Miracula</i>	9
Bettina Bhend <i>Von Ohnmacht bis Omnipotenz Wahrnehmung und Deutung der Basler Rheinhochwasser</i>	9
Manuel Bühlmann <i>Blutbegierige Surseer und ein Basler Ketzer Der Gerichtsprozess gegen Martin Duvoisin 1608</i>	11
Didier Burgener <i>Mobilität während des Zweiten Weltkrieges Ursachen für den Anstieg der räumlichen Mobilität in der Schweiz</i>	12
Daniel Burkhard <i>Die Milchpreisteuerung in der Schweiz während des Ersten Weltkrieges Die öffentlich geführten Milchpreisdiskussionen 1916-1918 im Vorfeld des Landesstreiks</i>	13
Samuel Fehr-Ndue <i>Höhenflug der Balair Die Geschichte des schweizerischen Charterflugverkehrs am Beispiel der Balair AG 1953-1972</i>	15
Thomas Gamma <i>Die Freilassungspraxis innerhalb des römischen und nordamerikanischen Sklavereisystems: Ein diachroner Vergleich antiker und moderner Sklaverei</i>	16
Marcel Gosteli <i>Ferdinand de Lesseps und der Bau des Suezkanals: Transnationaler Imperialismus bei der Realisierung eines Modernisierungsprojekts des 19. Jahrhunderts</i>	17

Franziska Griessen-Ryter <i>Abfall, Entsorgung und Recycling gestern, heute und morgen in der Stadt Bern</i> <i>Eine Auftragsarbeit für die Abteilung Entsorgung + Recycling Stadt Bern (ERB)</i>	18
Marc Herrmann <i>Zwischen Ablehnung, Faszination und Bewunderung:</i> <i>Die Wahrnehmung Japans in der Schweiz in den 1930er Jahren</i>	19
Marc Laumann <i>„Food Riots“ und „moral economy“ in der industrialisierten Welt</i> <i>Die Anwendungsmöglichkeiten des sozialhistorischen Konzepts von E.P. Thompson,</i> <i>aufgezeigt an den Marktunruhen im Juli 1916 in der Schweiz</i>	20
Beda Lötscher <i>Keine „mercantilischen Speculationen“?</i> <i>Die Deposito-Cassa als Hausbank der Burgergemeinde Bern, 1825-1892</i>	21
Gionduri Maissen <i>Reaktionen der katholischen Kirche auf das „Unternehmen Barbarossa“</i>	22
Aline Luise Minder <i>Eintauchen in vergangene Welten</i> <i>Dramaturgie und Narrative in Ausstellungen zur Antike</i>	23
Fabian Moser <i>Autobahn, Flughafen, Rennstrecke</i> <i>Umnutzung von Teilen der burgerlichen Waldungen Bremgartenwald und Forst zu</i> <i>Verkehrsinfrastruktur im 20. Jahrhundert</i>	24
Guido Mühlhaupt <i>„... für die Zwecke des vaterländischen Wehrwesens ...“</i> <i>Die bundesbehördliche Handhabung fremder Dienste 1859-1927</i>	25
Fabio Pacozzi <i>„Gemeinnütziges Unternehmen“ oder bernburgerliches Renditedenken?</i> <i>Die Beteiligung der Burgergemeinde Bern an Eisenbahnprojekten der Gründerzeit</i>	26
Noëmi Rui <i>„¿A quien pisados le toca mañana?“</i> <i>Untersuchung zur Studentenbewegung in Guatemala in der Zeit des Conflicto Armado</i> <i>Interno</i>	26
Michael Saladin <i>Die Wehrpflichtkrise von 1917</i> <i>Mehr als ein Konflikt zwischen den Anglo- und Frankokanadiern</i>	28
Judith Schütz <i>Die Luzerner und die Pest von 1627-1629</i> <i>Wahrnehmungen, Interessen, Handlungsspielräume</i>	29

Sara Shokry <i>Das Idealbild des Kaisers in der panegyrischen Literatur</i> <i>Karl der Grosse im Vergleich zu seinen antiken Vorgängern Trajan und Theodosius</i>	30
Benjamin Spielmann <i>Feilschen, Bohren, Politisieren</i> <i>Das Salzwesen im Kanton Bern im 19. Jahrhundert</i>	31
Patrick Spiri <i>Zwischen „gütlichem Einvernehmen“ und „gefährlicher Weitläufigkeit“</i> <i>Die konfessionelle Konfliktkultur der Stadt Frauenfeld in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts</i>	32
Michael Steffen <i>Rekonstruktion von gewöhnlichen Hochwassern am Rhein in Basel zwischen 1556-1605</i> <i>Aufschlüsselung von klimatologischen Daten anhand von Ausgaben des Basler Rates</i>	34
Bernhard Stüssi <i>Selbst erschaffene Schemata</i> <i>Die Erfindung des Iron Curtain</i>	35
Jasmin Welte <i>Die „Griechische Geschichte“ Helmut Berves</i>	36
Pascal Zosso <i>Zwischen Philanthropie und Profit</i> <i>Die Branntweinexporte des Deutschen Reiches nach Westafrika, am Beispiel Kameruns und Togos 1884-1914, im Spannungsfeld zwischen humanitär-religiöser Kritik und ökonomischem Nutzen</i>	38
 <i>Dissertationen</i> 	
Sandro Fehr <i>Die Erschliessung der dritten Dimension</i> <i>Entstehung und Entwicklung der zivilen Luftfahrtinfrastruktur in der Schweiz, 1919–1990</i>	39
Sanela Schmid Hodzic <i>Deutsche und italienische Besatzung im Unabhängigen Staat Kroatien 1941-45</i>	41
Sabine Witt <i>Apostel der Reinheit</i> <i>Die kulturelle Praxis nationalistischer Intellektueller in der Slowakei, 1918 – 1945</i>	43

Pema Bannwart

Die Verehrung von Urs und Viktor in Solothurn im Spiegel der Miracula

Masterarbeit bei Prof. Dr. Stefan Rebenich

Die Erinnerung an die spätantiken Märtyrer Urs und Viktor aus der Thebäischen Legion sind für die Erinnerungskultur und Geschichtspolitik der Stadt Solothurn über die Jahrhunderte hinweg von zentraler Bedeutung gewesen. Die glaubensfesten Männer trotzten, folgt man der späteren Überlieferung, dem römischen Statthalter, der sie köpfen und in die Aare werfen liess. Dort nahmen sie ihre abgeschlagenen Köpfe unter den Arm und schwammen ans Ufer. Der Kult um Urs und Viktor dürfte auf das 5. Jahrhundert zurückgehen, als im Castrum Salodorum das Christentum heimisch wurde. Traditionsstiftende Viten datieren aus dem frühen Mittelalter, und 1473 verlieh die Auffindung der Reliquien dem Kult einen neuen Aufschwung. Durch die ganze Neuzeit hindurch wurde die Erinnerung an die Stadtpatrone Urs und Viktor wachgehalten, und sie prägt auch heute

noch das Bild der Stadt mit ihrer mächtigen St. Ursenkathedrale.

Die erinnerungs- und rezeptionsgeschichtliche Untersuchung stellt zwei Wunderbücher aus dem 17. Jahrhundert in den Mittelpunkt. Eines dieser Mirakelbücher, in dem drei verschiedene Schreiber zwischen 1642 und 1689 insgesamt 54 Wunder zusammentrugen, ist bisher noch nicht ediert und folglich auch noch nicht systematisch ausgewertet worden. Die Masterarbeit gibt den Text heraus und unterzieht ihn einer ersten historischen Auswertung. Dazu wird das Zeugnis mit einem weiteren Wunderbericht aus dem sog. Solothurner Magnificat verglichen, das aus dem Jahr 1644 datiert. Der Text beschreibt das wundersame Eingreifen des heiligen Ursus im Jahre 1530 und illustriert den engen Zusammenhang zwischen Wunderbericht und Wallfahrtsort.



Bettina Bhend

Von Ohnmacht bis Omnipotenz Wahrnehmung und Deutung der Basler Rheinhochwasser

Masterarbeit bei Prof. Dr. Christian Rohr

Im Zentrum dieser Arbeit stehen Deutung und Wahrnehmung von extremen Naturereignissen. Es geht zum einen um die rhetorischen Aspekte der Wahrnehmung, das Schreiben und Reden über extreme Naturereignisse; weiter aber auch um konkrete Deutungs- und Erklärungsmuster, und zuletzt auch um Fragen der Schuld, die mit der Deutung eines folgenreichen Ereignisses eng verknüpft sein können. Als Datengrundlage dient eine Reihe von Berichten über die schwersten Basler Rheinhochwasser zwischen 1275 und 2007. Das

Ziel ist die Beantwortung folgender Fragen: Wie und was wird über die Basler Hochwasser geschrieben? Welche Deutungsmuster lassen sich daraus ablesen? Und was sagt das über die Frage der Schuld aus? Um möglichst viel brauchbares Material für die Analyse zu liefern, wurden für die Beantwortung der Fragestellung erzählende oder erzählend-analytische Quellen verwendet, welche die Hochwasserereignisse aus einer zeitnahen und wenn möglich räumlich auf Basel beschränkten Position schildern, das heisst Chroniken, Zei-

tungsberichte und – sobald vorhanden – vereinzelt auch naturwissenschaftliche Publikationen, sofern diese keinen quantitativen Ansatz vertreten.

Die Analyse der Quellen hat gezeigt, dass es zahlreiche rhetorische und inhaltliche Konstanten gibt, die sich durch die Beschreibungen der Basler Hochwasser ziehen. Dazu gehört zum Beispiel die Konzentration auf Infrastrukturschäden und Einschränkungen oder Unterbrüche von Mobilität und Kommunikation. Auch die Rhetorik der Gewalt, die sich in den etwas ausführlicheren Quellen ab dem 16. Jahrhundert belegen lässt, ist keine singuläre Erscheinung. Diese Beschreibungen, die mit Lexemen wie 'Wut', 'Zorn', 'Gewalt' und 'Macht' operieren, deuten die Hochwasser und die Natur als etwas Starkes, das den Menschen zumindest potenziell ständig bedroht. Weitere Erklärungen und Deutungen der Ereignisse betonen hauptsächlich meteorologische und hydrologische Aspekte, vor allem ab dem späten 14. Jahrhundert. Religiöse Deutungen hingegen, die ein Hochwasser mit dem Wirken Gottes in Zusammenhang bringen, kommen in den vorliegenden Quellen sehr selten vor. Deutungen, welche die Hochwasser im Einflussbereich des Menschen ansiedeln, liegen hingegen bereits für die hier untersuchten Hochwasser des späten 19. Jahrhunderts vor. Im Zusammenhang mit den beiden Hochwassern von 1999 und 2007 taucht dann auch der menschengemachte Klimawandel als Deutungsmuster auf.

Der Verweis auf den menschengemachten Klimawandel gibt dem Menschen die Mitschuld an den Hochwasserereignissen. Fragen zur Schuld sind zwar nicht in allen Quellen ein Thema. Der

Mensch ist allerdings in allen Quellen, die überhaupt einen Hinweis auf Verantwortung oder Schuld liefern, der einzige Akteur, der für die Rolle des Schuldigen infrage kommt. Sogar wenn auf einen allmächtigen Gott verwiesen wird, liegt es im Handlungsspielraum des Menschen, eine allfällige Strafe mit tugendhafterem Verhalten abzuwenden. Selbst wenn die Natur als unberechenbar und zornig beschrieben wird, sind es Massnahmen des Menschen, welche die Auswirkungen natürlicher Prozesse mit ihren Eingriffen verstärken oder vermindern können.

Eine strikte Trennung und chronologische Abfolge verschiedener Katastrophen- und Naturverständnisse entspricht nicht den Befunden. Es kommt gerade in den Schilderungen der Hochwasser des 19., 20. und 21. Jahrhunderts zu einer Vermengung von Deutungsmustern. So wird die Natur als etwas Mächtiges, ja Übermächtiges geschildert, dem der Mensch grundsätzlich machtlos gegenübersteht. Gleichzeitig wird ihm dennoch die Macht zugesprochen, mit entsprechenden technischen Massnahmen etwas an dieser Situation zu ändern. So werden zum Beispiel Eingriffe in den Flusslauf gefordert, um weitere schwerwiegende Hochwasser zu verhindern; andererseits werden Eingriffe in die Natur kritisiert, weil sie zu den Überschwemmungen beitragen würden. Auch in der vermeintlich aufgeklärten Welt des 21. Jahrhunderts kommen neben der menschlichen Omnipräsenz und Omnipotenz, die sich über den Verweis auf den menschengemachten Klimawandel manifestiert, immer noch Schilderungen vor, welche die fast schon mystische Macht der Natur betonen.



Manuel Bühlmann

Blutbegierige Surseer und ein Basler Ketzer
Der Gerichtsprozess gegen Martin Duvoisin 1608

Masterarbeit bei Prof. Dr. André Holenstein

Die Masterarbeit dreht sich um den Gerichtsfall gegen den Basler Bürger Martin Duvoisin in Sursee und die weitreichenden Folgen des Prozesses. Im Oktober 1608 wurde im luzernischen Landstädtchen Sursee der Passementweber und Händler Martin Duvoisin wegen Gotteslästerung hingerichtet. Duvoisin hatte sich auf der Reise zum Markt in Luzern katholischen Pilgern gegenüber abfällig über das Wallfahren und die Mutter Gottes geäußert und diese Aussagen im Surseer Gasthaus Sonne wiederholt. In der Folge liessen die Surseer Räte Duvoisin wegen seiner öffentlichen blasphemischen Äusserungen verhaften. Martin Duvoisin verweigerte den Widerruf. Nicht einmal die Aussicht auf eine Begnadigung konnte ihn dazu verleiten. Der Rat in Sursee verurteilte Duvoisin zum Tod durch das Schwert mit anschliessendem Verbrennen seiner Leiche.

Die Hinrichtung rief heftige politisch-diplomatische und publizistische Reaktionen von reformierter Seite hervor. Öffentlich wurde der Vorfall durch den Druck eines Berichts von zwei Berner Schulmeistern. Die beiden waren zufällig am Tag der Verurteilung und der Hinrichtung Duvoisins in Sursee und publizierten in der Folge ihre Beobachtungen als Augenzeugen. Die Kritik von reformierter Seite am Prozess liess nicht lange auf sich warten: Der Basler Rat sowie der Basler Kirchenvorsteher Johann Jacob Grynaeus kritisierten das überhastete Vorgehen der Räte in Sursee und Luzern und unterstellten diesen konfessionspolitische Motive. Darin schwang implizit der Vorwurf einer Verletzung des eidgenössischen Landfriedens mit.

Die Affäre um den hingerichteten Duvoisin dehnte sich innert kurzer Zeit auf weitere eidgenössische Orte aus. Dazu trug auch der Luzerner Rat bei, der eine gedruckte Gegendarstellung zum Bericht der Berner Schulmeister in Umlauf brachte. Darin rechtfertigten die Luzerner ihr eigenes Verhalten wie auch das Vorgehen ihrer Untertanen in Sursee. Darauf folgten verschiedene Gedichte und Spottlieder von reformierter Seite und der Druck der

Grynaeischen Leichenpredigt. Der Basler Antistes Johann Jacob Grynaeus hielt kurz nach der Hinrichtung Duvoisins im Basler Münster eine Predigt zu Ehren des Verstorbenen, worin er die Rechtmässigkeit des Gerichtsfalls anzweifelte und den Hingerichteten zum Märtyrer erklärte. Grynaeus liess die Predigt in verschiedenen Versionen verbreiten – unter anderem auch in einer niederländischen Übersetzung. Doch nicht nur Grynaeus, sondern auch die übrige reformierte Publizistik erhob Duvoisin in den Stand eines Märtyrers. Damit ging der implizite Vorwurf an die Luzerner Räte einher, den christlichen Glauben zu verfolgen. Zwischen Dezember 1608 und Juni 1609 wurde die Affäre Duvoisin auf mehreren konfessionellen Konferenzen und einer gemeineidgenössischen Tagsatzung thematisiert. Der Konflikt konnte letztlich friedlich beigelegt werden. Dazu beigelegten haben einerseits das allgemeine Desinteresse der unbeteiligten Orte beider Konfessionslager an einer Eskalation und andererseits Vorschläge des Vororts Zürich für die Verbesserung der zwischenörtlichen Informationspolitik bei künftigen Situationen dieser Art.

Die Fallstudie zeigt das spannungsgeladene Zusammenleben der beiden konfessionellen Lager in der Eidgenossenschaft um 1600 und gibt Einblicke in das Konfliktmanagement der Orte. Der erste Teil thematisiert den frühneuzeitlichen Begriff der Gotteslästerung sowie den politischen und juristischen Rahmen des Vorfalls. Darüber hinaus werden die Hintergründe zum Gerichtsprozess gegen Martin Duvoisin erläutert. Die Reaktionen auf die Hinrichtung des Basler Bürgers werden in einem zweiten Teil dargelegt. Insbesondere wird die Frage geklärt, welche Akteure sich mit welchen Argumenten in die Debatte einschalteten, die in der diplomatischen Korrespondenz sowie in der Öffentlichkeit ausgetragen wurde. Der dritte Teil handelt von den Bestrebungen, den Konflikt einzudämmen und eine Eskalation zu verhindern. Der Schwerpunkt liegt dabei auf der konfessionellen und der gemeineidgenössischen Tagsatzung. Die

Bemühungen von reformierter Seite, Duvoisin zum Märtyrer zu erklären, stehen im letzten Teil

genauso im Fokus wie die abwehrenden Reaktionen der Luzerner Obrigkeit.



Didier Burgener

Mobilität während des Zweiten Weltkrieges
Ursachen für den Anstieg der räumlichen Mobilität in der Schweiz

Masterarbeit bei Prof. Dr. Christian Gerlach

Der Erste Weltkrieg stellte für die Schweizer Eisenbahnen einen Tiefpunkt in ihrer Geschichte dar: Weil der Kohlepreis in die Höhe schoss, mussten einerseits die Fahrleistungen reduziert und andererseits die Beförderungspreise angepasst werden. Die unteren Bevölkerungsschichten konnten sich während und auch nach dem Krieg das Bahnfahren kaum mehr leisten, dies führte zu einem erheblichen Imageverlust für die Eisenbahnen.

Ganz anders stellte sich jedoch die Situation während des Zweiten Weltkrieges dar: Dank der Elektrifizierung der meisten Eisenbahnlinien waren die Bahnen nicht mehr von externen Energielieferungen abhängig. Das Automobil, das in der Zwischenkriegszeit stark an Popularität gewann, stand dagegen wegen Treibstoff- und Pneumangels beinahe vollständig still. Trotz dieses Wegfalls stieg jedoch die räumliche Mobilität in der Schweiz während der Kriegsjahre in einem erheblichen Masse. Während 1938 mittels Zug, Automobil und Bussen rund 4.8 Mrd. Pkm zurückgelegt wurden, waren es im letzten Kriegsjahr fast 7 Mrd. Pkm. Diese wurden beinahe vollständig auf der Schiene geleistet, weil der Strassenverkehr mit jedem Jahr stärker gedrosselt werden musste. Dass die Mobilität in der Schweiz trotzdem stieg, lag hauptsächlich an vier Faktoren:

Der erste waren die Transporte von Soldaten. Die zwei Generalmobilmachungen der Armee sorgten für zusätzlichen Verkehr. Doch auch der allgemeine Truppenverkehr während des Krieges, zum Beispiel der Urlauberverkehr, liessen die Frequenzen auf der Schiene steigen. Privatbahnen im Gotthardmassiv, wie etwa die Furka-Oberalp-

Bahn (FO), verzeichneten nach dem Rückzug der Armee ins Réduit Rekordergebnisse. Schweizweit umfasste der Militärverkehr jährlich etwa einen Fünftel der gesamten Mobilität und war damit ein gewichtiger Faktor für die Steigerung.

Die verbesserte Lage auf dem Arbeitsmarkt war der zweite Hauptgrund, weshalb es zu einer Mobilitätssteigerung kam. Nach der Abwertung des Schweizer Frankens im Jahre 1936 erholte sich die Schweizer Wirtschaft. So wurden mit jedem Jahr zusätzliche General- und Streckenabonnemente verkauft, weil sich etwa in der Industrie immer mehr Beschäftigungsmöglichkeiten auftraten. Da es in vielen Städten wegen der verminderten Bautätigkeit während der Weltwirtschaftskrise zu einem starken Wohnungsmangel kam, wurde die räumliche Trennung von Wohn- und Arbeitsort verstärkt. Dies sorgte für zusätzlichen Pendlerverkehr, der jedoch nicht nur auf den urbanen Raum beschränkt war. Auf dem Land kam es zu einem Strukturwandel und die Zahl der in der Landwirtschaft Beschäftigten verringerte sich, was ebenfalls zur Steigerung der Arbeitsmobilität beitrug. Im Vergleich zur Vorkriegszeit waren zeitweise bis zu 250'000 Menschen zusätzlich in den Arbeitsprozess integriert.

Die gute Beschäftigungslage schlug sich auch im Freizeitreiseverkehr nieder. Grossen Bevölkerungsteilen war es während des Kriegs möglich, in die Ferien zu fahren oder zumindest Ausflüge zu unternehmen. Die Rationierung knapper Güter sorgte dafür, dass sich die Haushaltsbudgets der Schweizer auch trotz Versorgungsengpässen kaum veränderten. Damit war die ökonomische Grund-

lage für die Rekrutierung der „touristischen Reservarmee“ geschaffen, die den Ausfall der ausländischen Gäste beinahe vollständig kompensieren konnte. Die Schweizerische Zentrale für Verkehrsförderung (SZV) richtete ihr – eigentlich für das Ausland bestimmte – Budget vollends auf die Bevölkerung der Schweiz aus und selbst der Bundesrat und General Guisan liessen sich in die Propaganda einspannen. Zusätzlich wurde mit dem stark vergünstigten Ferienabonnement ein weiterer Anreiz geschaffen, um die krisengeschüttelte Hotellerie zu entlasten. Der rege Reiseverkehr während des Zweiten Weltkrieges hatte zur Folge, dass einzelne Privat- und Standseilbahnen in den Jahren 1944 und 1945 Rekordergebnisse erzielten. Nicht zuletzt verzichteten die Eisenbahnen sehr lange auf Preiserhöhungen, weshalb die Mobilität in der Schweiz in Anbetracht der Kriegsinflation mit jedem Jahr günstiger wurde. Erst 1944 wurden

die Fahrkartenpreise leicht erhöht, jedoch schloss diese Tarifanpassung nur die zusätzlichen Personalkosten der Bahnen mit ein. Während also die Preise für alle anderen Güter des Alltages sich früher oder später an die Inflation anpassten, blieben die Kosten für Zugfahrten sehr lange auf dem Vorkriegsniveau. Einerseits konnten die Bahnen sich dies dank der gesteigerten Beförderungszahlen (auch im Güterverkehr) leisten, andererseits war das moderate Preisniveau zweifellos auch Teil des volkswirtschaftlichen Interesses, um den Arbeitsmarkt nicht unnötig mit hohen Reisekosten für die Arbeitnehmer zu belasten und den Reiseverkehr noch einmal zusätzlich anzukurbeln.

Der starke Zuwachs der räumlichen Mobilität hatte also, anders als die bisherige Forschung suggeriert, eine Vielzahl von Ursachen, die im Rahmen dieser Masterarbeit herausgearbeitet wurden.



Daniel Burkhard

*Die Milchbesteuerung in der Schweiz während des Ersten Weltkriegs
Die öffentlich geführten Milchpreisdiskussionen 1916-1918 im Vorfeld des Landesstreiks*

Masterarbeit bei Prof. Dr. Christian Rohr

Die Schweizer Bevölkerung sah sich in der zweiten Hälfte des Ersten Weltkrieges mit einer Nahrungsmittelkrise konfrontiert. Die meisten Grundnahrungsmittel wurden aus dem Ausland importiert und verteuerten und verknappten sich im Lauf des Krieges aus produktions- und verteilungstechnischen Gründen. Milch und Milchprodukte hingegen wurden im Inland produziert und erfuhren in der Zeit von 1916-1918 eine Teuerung. Diese Verknappungen und Verteuerung auf dem Nahrungsmittelmarkt führten zu sozialen Spannungen, welche 1918 im Landesstreik gipfelten. Das Ziel der Arbeit ist es, die Konsequenzen, welche sich für die Politik aufgrund der angespannten Lage auf dem Nahrungsmittelmarkt ergaben, nachzuzeichnen und dabei zu analysieren, wie die verschiedenen politischen Akteure die Platt-

formen der Öffentlichkeit im Zusammenhang mit den Milchpreisdiskussionen nutzten. Die Analyse stützt sich primär auf die Auswertung von Zeitungsartikeln der politischen und verbandlichen Presse. Dabei wird der Fokus sowohl auf die Vertreter der Konsumenten als auch auf die Vertreter der Landwirtschaft gelegt. Bisherige Forschungen zum Landesstreik bzw. zur Nahrungsmittelkrise in den Jahren 1916-1918 haben sich meistens ausschliesslich auf die Problematik der Verteilung der Nahrungsmittel konzentriert und dabei die Perspektive der nahrungsmittelproduzierenden Landwirtschaft vernachlässigt. Daher stehen die Interessen der agrarischen Kreise sowie der politische Streit zwischen den Vertretern der Konsumenten und der Landwirte im Fokus dieser Arbeit. Doch auch die staatlichen Strategien zur Bewältigung

der Krise finden hier Erwähnung. Denn vor dem Hintergrund der Nahrungsmittelkrise entwickelte der Staat erstmals Instrumente zur Intervention. Die Milchpreisdiskussionen der Jahre 1916-1918, die im Verlauf immer polemischer geführt wurden, bilden den zeitlichen und inhaltlichen Rahmen der Arbeit, wobei der Landesstreik selbst keinen Eingang in die Darstellung findet. Hier geht es primär um die Zeit unmittelbar vor dem Landesstreik.

Der Text gliedert sich in sechs Teile. Dem ersten Teil, der aus der Erläuterung der Fragestellung, den Erklärungen zur Quellenauswahl, dem Forschungsstand und dem theoretischen Hintergrund besteht, folgt ein zweiter Teil, der sich mit den Umbrüchen auf dem schweizerischen Milchmarkt und in der Politik um 1900 beschäftigt und so den Hintergrund der relevanten Entwicklungen darstellt. Im dritten Teil wird der wirtschaftliche Charakter des Ersten Weltkriegs herausgearbeitet und die Folgen für die Versorgung der Schweiz mit Nahrungsmitteln werden thematisiert. Der vierte Teil beschäftigt sich mit der Versorgungslage der Schweiz im Ersten Weltkrieg und deren Entwicklung von relativer Stabilität in den Jahren 1914-1916 zur Krise des Mangels in den Jahren 1916-1918. Im fünften Teil – dem eigentlichen Hauptteil der Arbeit – werden die öffentlichkeitswirksamen Inszenierungen mit den realpolitischen Interessen und den ideologischen Hintergründen der einzelnen Akteure konterkariert.

Unter Berücksichtigung der Liz.-Arbeit von Mario Aeby „Die Missernten 1916/17 in der Schweiz“ von 2009 kommt die hier vorliegende Arbeit zum Schluss, dass sich die Bedingungen für die land-

wirtschaftliche Produktion in den Jahren 1916-1918 erheblich verschlechtert hatten. Zusammen mit den Verschärfungen des Wirtschaftskriegs bildeten diese Ereignisse eine Kette, welche die Nahrungsmittelkrise in der Schweiz in jenen Jahren katalysierte. Dennoch konnten durch staatliche Interventionen, die zwar oftmals einen gewissen Versuchscharakter aufwiesen, die Preise für Milch und Milchprodukte im Vergleich zu anderen Nahrungsmitteln relativ tief gehalten werden. Dies legt den Verdacht nahe, dass die Milchpreisdiskussionen aus politischem Kalkül von den Parteien an den Polen des politischen Spektrums bewusst angeheizt wurden. Der moralische Wert des Milchpreises ermöglichte es den politischen Akteuren, die Milchpreisdiskussion als Vehikel zu benutzen, um ihre realen Interessen zu legitimieren. Die Linke verlangte in diesem Sinn nach politischer Partizipation und die ländlich geprägte Rechte nach Stabilisierung ihrer politischen Stellung, die sie sich im Rahmen der staatlichen Ernährungspolitik im Ersten Weltkrieg erarbeiten konnte. Für diese Sicht spricht auch, dass konstruktive Beiträge zur Bewältigung der Nahrungsmittelkrise aus den eigenen Reihen nicht berücksichtigt wurden. Bewältigungsstrategien, welche gleichermaßen produktions- und verteilungstechnische Bedingungen berücksichtigen, wurden aber im Zweiten Weltkrieg bestimmend.

Gewisse Aspekte dieser Masterarbeit werden in einem von den Herausgebern Daniel Krämer, Christian Pfister und Daniel Marc Segesser geplanten Sammelband mit Beiträgen zu Energie-, Versorgungs- und Gesundheitskrise erscheinen.



Samuel Fehr-Ndue

Höhenflug der Balair

Die Geschichte des schweizerischen Charterflugverkehrs am Beispiel der Balair AG 1953-1972

Masterarbeit bei Prof. Dr. Christian Gerlach

Die Wahl der Balair als Mittelpunkt der Untersuchungen begründet sich mit deren Stellung als langlebigste Fluggesellschaft in der Schweiz, welche ein internationales Charterverkehrsangebot einführte und bis in die 1990er Jahre die führende Airline im schweizerischen Bedarfsflugverkehrsmarkt blieb. Der Untersuchungszeitraum erstreckt sich von der Firmengründung 1953 bis zur Übernahme der Balair-Aktienmehrheit durch die Swissair im Jahre 1972. Für die Heranbildung des zivilen Luftverkehrs als Massentransportmittel war die Phase ab Beginn der 1950er Jahre bis in die 1970er Jahre massgeblich.

Die Gründung der Balair AG 1953 stand in engem Zusammenhang mit der Schaffung des neuen Flughafens Basel-Mulhouse. Mit der heimischen Flugverkehrsgesellschaft verfolgten die Basler Politik und die ansässigen Aviatikorganisationen das Ziel, dem Flugverkehr eine gute Basis bereitzustellen und ihn zu fördern.

Der Einstieg ins Charterfluggeschäft mit Grossflugzeugen im Jahre 1957, die Aktienkapitalbeteiligung der Swissair 1959 sowie der damit verbundene Zusammenarbeitsvertrag mit der Swissair zählten zu den bedeutendsten Ereignissen in der Balair-Geschichte. Da die ursprünglichen Aufgabenfelder kaum über Wachstumspotential verfügten, wollte die Balair mit diesem Expansionsschritt am aufkeimenden Geschäft mit Ferienflugreisen in der Schweiz teilhaben und den Luftverkehr in Basel fördern. Aufträge aus dem Tourismusmarkt wurden in der Folge rasch zum wichtigsten Geschäftszweig der Balair. Dabei spielte der starke Flugverkehr britischer Charter-Airlines in der zweiten Hälfte der 1950er Jahre eine entscheidende Rolle.

Entsprechend dem dynamischen Wachstum des Pauschalflugreisemarkts baute die Balair ihre

Flugzeugflotte schnell aus. Freilich konnte sie sich dem raschen technischen Fortschritt und dem Wandel der Bedürfnisse auf dem Flugverkehrsmarkt nicht entziehen. Dafür nahm sie die Unterstützung der Swissair in Anspruch, woraufhin sich deren Zusammenarbeit intensivierte. Die Beweggründe der Swissair für diese Kooperation und die Beteiligung am Aktienkapital der Balair lagen vermutlich in der Stärkung der eigenen Stellung im Bedarfsluftverkehr. Innerhalb weniger Jahre entwickelte sich die Balair AG von einem kleinen lokalen Flugverkehrsunternehmen zur zweitgrössten Schweizer Airline, die weltweite Touristenflüge und verschiedene andere Lufttransportdienstleistungen anbot.

In der Untersuchungsperiode von 1965 bis 1972 wurde das Charterflugverkehrsgeschäft stark von der konjunkturellen Lage und der weltweiten politischen Entwicklung geprägt. Nebst der Konkurrenz durch inländische und ausländische Charter-Airlines, spürte die Balair auch den wachsenden Druck der Linienfluggesellschaften auf den touristischen Flugverkehr. Für die Entwicklung der Balair war die Umstellung der eigenen Flotte auf Düsenflugzeuge aufgrund deren erhöhter Kapazität und Leistungsfähigkeit von zentraler Bedeutung. Die Swissair verstärkte in diesem Prozess ihren Einfluss sowohl auf die Planung als auch auf die Führung der Basler Charter-Airline kontinuierlich. Mit der Übernahme der Aktienmehrheit gewann sie 1972 schliesslich die Kontrolle über die Balair. Dieses Engagement von Linienfluggesellschaften im wachsenden Charterverkehr konnte auch in anderen europäischen Ländern beobachtet werden. Die Untersuchung der Balair-Geschichte zeigt die entscheidenden Entwicklungen im internationalen Charterluftverkehr auf und offenbart deren Einflüsse auf die schweizerische Luftfahrtgeschichte.



Thomas Gamma

Die Freilassungspraxis innerhalb des römischen und nordamerikanischen Sklavereisystems:

Ein diachroner Vergleich antiker und moderner Sklaverei

Masterarbeit bei PD Dr. Daniel Segesser

Die Masterarbeit zum Thema „Die Freilassungspraxis innerhalb des römischen und nordamerikanischen Sklavereisystems“ beschäftigt sich nicht mit der detaillierten Darstellung der Sklaverei, sondern beschränkt sich ausschließlich auf das Element der Freilassung. Im Zentrum der Untersuchung stehen deshalb die Freilassungspraktiken des Römischen Reiches und Nordamerikas. Hierbei werden auch die Zukunftsperspektiven der Freigelassenen mit einbezogen und die Perspektiven aufgezeigt, welche sich durch die Freiheit ergeben konnten. Die Arbeit gibt einen allgemeinen Überblick über die Freilassungspraxis und keine spezifischen Momentaufnahmen, Vorlieben oder bevorzugte Praktiken einer einzigen zeitlich begrenzten Phase wieder. Die einzelnen Kapitel befassen sich mit den Formen, Gründen oder Konsequenzen einer Freilassung bzw. Manumission. Ein quantitativer Vergleich der Anzahl Freilassungen ist aufgrund der Quellenlage nicht realisierbar und für die Analyse unbedeutend.

Insgesamt betrachtet lässt sich die Thematik keiner konkreten historischen Strömung zuordnen. Die vergleichende Herangehensweise tangiert Sozial-, Wirtschafts-, Kultur-, Alltags-, Universal- und Rechtsgeschichte gleichermaßen, um nur die wichtigsten der zahlreichen Berührungspunkte zu nennen.

Der Fokus auf die Freilassungspraxis bildet die eigentliche Basis des epochenübergreifenden Vergleichs und rückt eine Gegenüberstellung von Antike und Moderne erst in den Bereich des Möglichen. Der festgelegte Untersuchungsgegenstand soll hierbei das Instrument und die nötige Hilfe für die Analyse der beiden Epochen liefern. Mit Hilfe von konkreten Beispielen soll dem Leser ein besserer Einblick und ein tieferes Verständnis der Materie ermöglicht werden. Indem ungleiche

Epochen, an welche Historiker nicht mit denselben Fragestellungen herangetreten sind, analysiert werden, ermöglicht die vergleichende Vorgehensweise ein besseres Gesamtverständnis der Sklaverei. Wurde beispielsweise zur antiken Sklaverei eine Frage gestellt, welche von der Forschungsliteratur zur modernen Sklaverei noch nicht aufgegriffen wurde, kann die Übertragung der Fragestellung zu einer neuen Sichtweise der Moderne führen. Gleiches gilt für Fragestellungen der Moderne, welche auf die Antike angewandt werden. Zudem können Ideen und Gedanken, welche von einer Epoche auf die andere projiziert werden, einen neuen Blickwinkel eröffnen und den Verständnishorizont erweitern. Rückschlüsse auf Gesellschafts-, Politik-, Wirtschafts- oder Sklavereisysteme sind durchaus realistisch und bisher unbeachtete Zusammenhänge könnten sichtbar gemacht werden. Des Weiteren kann mit der vergleichenden Herangehensweise die gewählte Fragestellung überprüft werden. Sollte diese nicht mit dem Untersuchungsgegenstand vereinbar sein und während ihrer Anwendung nur begrenzt Sinn ergeben, so muss die Fragestellung angepasst oder verworfen werden. Die Arbeit demonstriert, dass es möglich ist, allgemeine Aussagen über die Freilassungspraxis zu machen, selbst wenn hierfür zwei grundverschiedene Gesellschaften und Kulturen einander gegenüber gestellt wurden. Gerade der Fokus auf das Freilassungs- und Manumissionswesen dient als Orientierungshilfe und liefert in diesem komplexen und weiten Thema fruchtbare Ergebnisse. Zunächst werden die wichtigsten Begriffe in Bezug zur Sklaverei dargelegt. Anschließend werden die beiden Epochen „Antike“ und „Moderne“ gesondert voneinander untersucht, bevor sie abschliessend einander gegenüber gestellt und verglichen werden.



Marcel Gosteli

*Ferdinand de Lesseps und der Bau des Suezkanals:
Transnationaler Imperialismus bei der Realisierung eines Modernisierungsprojekts
des 19. Jahrhunderts*

Masterarbeit bei Prof. Dr. Christian Gerlach

Den Untersuchungsgegenstand dieser Studie bildet die 1859-1869 realisierte geostrategisch wichtige Schifffahrtsverbindung von Port Said nach Suez. Anhand des vom französischen Erbauer Ferdinand de Lesseps (1805-1894) hinterlassenen, so umfang- wie facettenreichen Quellenkorpus wurde die Frage zu beantworten versucht, inwieweit das informelle imperialistische Projekt im Zuge der wirtschaftlichen Boomjahre der Jahrhundertmitte und der gleichzeitigen Nationalbewegungen von nichtstaatlichen Akteuren auf einer transnationalen Ebene angegangen wurde. Im bereits vom ambitionierten Napoleon zwecks Eindämmung der ökonomischen und geopolitischen britischen Dominanz im Rahmen seiner Ägyptenexpedition angedachten Kanalbau sahen später die fortschrittsgläubigen frühsozialistischen Saint-Simonisten einen Weg zur allseitig Prosperität versprechenden Vereinigung von Orient und Okzident. Auf der Grundlage der Machbarkeitsstudien, die vom Saint-Simonismus beeinflusste europäische Ingenieure ausgearbeitet hatten, trieb Lesseps unter dem Leitspruch „aperire terram gentibus“ das Projekt mit Hilfe seines Jugendfreunds Muhammad Said Pascha (1822-1863), ab 1854 innerhalb des Osmanischen Reichs Vizekönig Ägyptens, hinsichtlich Planung, Finanzierung und Ausführung voran. Mit der Gründung der von Said Pascha konzessionierten privaten „Compagnie universelle du canal maritime de Suez“ 1858 schuf der ehemals aus dem diplomatischen Dienst entlassene Lesseps in der von Eric J. Hobsbawm beschriebenen „Blütezeit des Kapitals“ ein globale Interessen beförderndes institutionalisiertes Vehikel. Nachdem es jedoch Lesseps trotz intensiven Lobbyings und hartnäckiger Fundraisingmethoden auf seinen Reisen quer durch Europa nicht gelungen war, in möglichst vielen Staaten, um der globalen Ausrichtung der Aktiengesellschaft gerecht zu werden, das erforderliche Kapital aufzutreiben, während die Anteile bei französischen Kleinbürgern aus patriotischen Gründen sehr be-

geehrt waren, stellte der ägyptische Staat der Finanzierungs-, Bau- und Betriebsgesellschaft die fehlenden Mittel zur Verfügung. Vor dem Hintergrund der sich gemäss Jürgen Osterhammel im 19. Jahrhundert gegenüber den Nationalstaaten behauptenden Imperien sind transnationale Phänomene im herangezogenen Quellenkorpus konkret identifizierbar, wenn beispielsweise Schifffahrtsgesellschaften wie die „Peninsular and Oriental Steam Navigation Company“ oder der „Österreichische Lloyd“, englische Werften und Baumwollmanufakturen, die während des amerikanischen Bürgerkriegs unter einer Rohstoffverknappung litten und Ägypten als Ersatzlieferanten ausmachten, aufstrebende Hafenstädte wie Odessa, von wo aus begehrtes Getreide verschifft wurde, oder Bankiers aus Triest, der Ausgangspunkt des „Österreichischen Lloyd“, oder Boston ihre spezifischen Interessen von der Suezkanal-Gesellschaft ebenso gut oder gar besser abgedeckt sahen, wie von der politischen Agenda ihrer jeweiligen Regierungen. Ferner streute Lesseps in seine schriftliche Hinterlassenschaft einige dem global ausgerichteten Unternehmen wohlgesinnte Presseartikel ein, so auch von der an der Kaproute gelegenen Insel Mauritius, wo man angesichts eines drohenden Bedeutungsverlusts nach der Verlagerung dieser Schifffahrtsroute um Neuorientierung bemüht war. Aus Furcht, die Kontrolle über die Verkehrsverbindung nach Asien zu verlieren, weshalb man den ägyptischen Machthabern die Zustimmung zum Konkurrenzprojekt des Baus einer Eisenbahnstrecke Alexandria-Kairo-Suez abtrotzte, und im Kontrast zur inoffiziellen Unterstützung aus der britischen Geschäftswelt hintertrieb die Regierung Palmerstons mit ihrer nationale Rivalitäten befeuernden Politik vor dem Hintergrund britisch-französischer Bündnisse kontinuierlich, aber mit schwindendem Erfolg, die Realisierung des Kanals. Im Wesentlichen geschah dies durch diplomatische Interventionen beim Sultan in Konstantinopel, auf dessen Approbation die Konzessionsnehmer letztlich

angewiesen waren. Der den Kanalbau wegen nationalen Prestigeversprechens befürwortende Napoleon III. verhielt sich demgegenüber untypischerweise betont passiv, um nicht einen britisch-französischen Konflikt vom Zaun zu brechen, was Lesseps den für ein transnationales Vorgehen notwendigen Freiraum verschaffte. Erst nach der Fertigstellung wurde das Projekt von englischer Seite her offiziell gewürdigt, und ironischerweise

war es Grossbritannien, das schliesslich am meisten davon profitierte. Infolge der nur halbwegs konkretisierten saint-simonistischen Vision, der kolonialen britischen Machtübernahme 1882 und von den Modernisierungskosten finanziell ausgezehrten Land Ägypten rückte eine verhängnisvolle kulturelle Kluft ins Bewusstsein, die in die Suezkrise von 1956 mündete.



Franziska Griessen-Ryter

Abfall, Entsorgung und Recycling gestern, heute und morgen in der Stadt Bern

Eine Auftragsarbeit für die Abteilung Entsorgung + Recycling Stadt Bern (ERB)

Masterarbeit bei Prof. Dr. Christian Rohr

Die Arbeit hat zum Ziel, eine mehrperspektivische Analyse mittels Akten, Stadtplänen, Zeitungsartikeln, Verordnungen, Reglementen und Interviews entstehen zu lassen und der Stadt Bern ihre eigene Geschichte des Abfalls, der Entsorgung und des Recyclings niederzuschreiben.

In dieser Arbeit sollen die Anfänge der organisierten Abfallentsorgung erforscht werden. Mit Hilfe einer hermeneutischen Quelleninterpretation und Analyse von Verordnungen und Reglementen werden die rechtlichen Grundlagen sowie die Verantwortlichen der darauffolgenden baulichen Umsetzungen beleuchtet. Zusätzlich zeigen zahlreiche Zeitungsartikel aus Berner Zeitungen die öffentliche Meinung zu den Neuerungen. Durch Interviews zur Thematik Abfall, „Entsorgung und Recycling in der Stadt Bern“ mit Experten und Mitarbeitenden der Abteilung ERB und der städtischen Direktion werden im Hauptteil wie auch im Fazit die neusten Entwicklungen dargestellt und mögliche Zukunftspläne vorgestellt. Zahlreiche Forschungsarbeiten legen das Grundgerüst für die technischen Innovationen und sollen zugleich die Thesen und Erkenntnisse der Autorin dieser Arbeit untermauern.

Bereits seit der Gründung der Stadt Bern spielte die Entsorgung von Abfällen und von Fäkalien

eine essentielle Rolle. Wenn zu Beginn durch einfaches Wegspülen in die Aare das Problem erledigt schien, wurde der Berner Bevölkerung erst im 19. Jahrhundert bewusst, welche Spätfolgen diese Flussverschmutzung für sie haben könnte; die drohenden Typhus- und Choleraepidemien, verbunden mit der aufkommenden Forschung über die Hygiene, bewog die Städter zum Handeln. Sträflinge als Strassenreiniger und Abfallentsorger waren Anfang des 18. Jahrhunderts bis Mitte des 19. Jahrhunderts für den Stadtabfall und für die Strassenreinigung zuständig. Gleichzeitig entstand eine geregelte Abfallentsorgung und Kehrriechtabfuhr in den 1850er Jahren, welche bis heute ausgebaut wurde und heute als alltäglich und unentbehrlich gilt. Mit der Sortierung und landwirtschaftlichen Weiterverwendung des Abfalls im verbesserten Kompostverfahren in der Anstalt Witzwil zwischen 1914 bis 1954 wurde die Abfallabfuhr und -entsorgung erstmals konkret von der Strassenreinigung getrennt. Erst mit der Einführung der ersten Kehrriechverbrennungsanlage (KVA) in Bern 1954 endete die Zusammenarbeit betreffend der Kehrriechentsorgung zwischen Sträflingen und der Stadt Bern.

Mit dem Hinterfragen der neuzeitlichen Wegwerfgesellschaft nimmt die Schweiz seit den

1980er Jahren eine internationale Vorreiterrolle im Recycling ein. Der aktuelle Umdenkprozess, weg von einer Wegwerfgesellschaft hin zu einer Mehrweg- und verstärkten Recyclingmentalität, in Bern wie auch gesamtschweizerisch gesehen findet bereits jetzt aktiv und in Zusammenarbeit zwischen mehreren Institutionen und Organisationen statt. Die neuste Entwicklung im Bereich der Kehrichtverminderung und Abfallentsorgung sind das ausgebesserte Abfallreglement, welches 2005 genehmigt und 2007 in der Hauptstadt eingeführt wurde sowie die Kampagne „Subers Bärn – zäme geit’s!“, welche 2008 lanciert wurde und vor allem das Problem des Litterings durch Verpackungen von Fast-food-Anbietern fokussiert. Zudem wird

die 1954 in Betrieb genommene KVA voraussichtlich 2012 durch die KVA Forsthaus West abgelöst. Durch die Verknüpfung zwischen Holzheizkraftwerk und Gas- und Dampf-Kombikraftwerk soll eine möglichst umweltfreundliche Energiegewinnung und Kehrichtverbrennung erreicht werden. Wie die Bevölkerungsbefragung von 2011 zeigt, erzielten die Massnahmen positive Resultate und werden auch in Zukunft weitergeführt und noch weiter ausgebaut werden.

Denn zu der Geschichte des Abfalls und der Entsorgung gehören nicht nur die Vergangenheit und die aktuelle Situation, sondern auch die Zukunft des Berner ‚Ghüders‘.



Marc Herrmann

*Zwischen Ablehnung, Faszination und Bewunderung:
Die Wahrnehmung Japans in der Schweiz in den 1930er Jahren*

Masterarbeit bei Prof. Dr. Christian Gerlach

Diese Studie untersucht, wie Japan in der Schweizer Öffentlichkeit in den 1930er Jahren wahrgenommen wurde. Seit jeher pendelt das Japanbild zwischen Bewunderung und Ablehnung. Das „Faszinosum Japan“, anziehend und abstossend zugleich, zog als äusserster Punkt des „fernen Orients“ viele Betrachter in seinen Bann. Die japanische Aggression in China führte zu einem verstärkten Interesse an Japan und trug wesentlich zu einer negativen Japanperzeption bei, wobei der Völkerbund als „Katalysator“ wirkte. Die Quellengrundlage bilden schriftliche Zeugnisse von Personen, die als Akteure in der Erschaffung eines Japanbildes betrachtet werden können. Es gab grundsätzlich drei „Auslöser“ für eine Beschäftigung mit Japan: Die „politische Aktualität“, die „existenzielle Bedrohung“ und die „Vermittlung und Deutung.“ Zudem wurden die Verbreitungsformen dieses Japanbildes näher untersucht, wobei eine Diskrepanz zwischen Bild und Text beobachtet werden konnte. Gründe dafür waren das Fotografierverbot in Japan und das Problem, geo-

politische Zusammenhänge darstellbar zu machen. Karikaturen können als Versuch gewertet werden, diese Probleme zu überwinden. Zudem zeigen sie eine klare Rollenverteilung der Konstellation China, Japan und Völkerbund. Wirtschaftliche und politische Faktoren beeinflussten massgeblich die Wahrnehmung Japans. Ebenso wichtig waren Traditionen der Japanwahrnehmung eines Lafcadio Hearn, die zur Festigung von Topoi beitrugen. Es gibt eine enge Wechselwirkung zwischen dem Japanbild und den bilateralen Beziehungen zwischen der Schweiz und Japan. Im wirtschaftlichen Bereich zeigt sich, dass die starke Fokussierung vieler Akteure auf den „Topos der Nachahmung“ und den „Alt- und Neujapantopos“ auf einer selektiven Wahrnehmung beruhte. Der „Aufruf zum Boykott aller japanischen Waren“, ausgelöst durch den zweiten chinesisch-japanischen Krieg, bildete den Kristallisationspunkt der negativen Japanwahrnehmung. Dennoch zeigten sich oft Anklänge von Bewunderung, besonders hinsichtlich „altjapanischer Werte“ und der „japanischen Lösung“

von Problemen. Triebkraft hinter der Ablehnung des modernen Japan waren oftmals eigene existenzielle Sorgen und Ängste. Manche Akteure sahen

in der Agitation Japans erste Anzeichen für einen bevorstehenden Kampf zwischen dem „Westen“ und dem „Osten“



Marc Laumann

„Food Riots“ und „moral economy“ in der industrialisierten Welt

Die Anwendungsmöglichkeiten des sozialhistorischen Konzepts von E.P. Thompson, aufgezeigt an den Marktunruhen im Juli 1916 in der Schweiz

Masterarbeit bei Prof. Dr. Joachim Eibach

Im Jahr 2011 feierte das Konzept von E.P. Thompson sein vierzigjähriges Bestehen. Seine Arbeit „The Moral Economy of the English Crowd in the 18th Century“ prägte eine ganze Generation von Historikern. Nur wenigen sozialhistorischen Ansätzen war es vergönnt, eine paradigmatische Wende in diesem Umfang auszulösen. Das Konzept der „moralischen Ökonomie“ entstand aus der Betrachtung des Schnittpunkts von ökonomischen Prozessen, sozialen Zusammenhängen und politischen Machtverhältnissen in Food Riots in England im 18. und 19. Jahrhundert. Das Theorem wendete sich entschieden gegen die spasmodische Auffassung von Aufruhr. Die von Thompson angesprochenen Wachstumshistoriker machten sich in seinen Augen eines „krassen ökonomischen Reduktionismus“ schuldig. Die Folge der spasmodischen Interpretation war, dass die komplexe Beziehung von Motiv, Verhalten und Funktion in den Food Riots ausser Acht gelassen wurde.

Aus dem Konzept von E.P. Thompson geht hervor, dass ein volkstümlicher Konsens darüber herrschte, was in der Wirtschaft und Politik erlaubt ist und was nicht. Nach seiner Meinung fand dieses Bewusstsein seinen Ursprung in einer fest verankerten und traditionellen Auffassung von sozialen Normen und Verpflichtungen. Deshalb stand im Fokus seiner Betrachtung der Akteur. Als sozialistisch-humanistischer Historiker schrieb er Geschichte „from below“ und nicht „of below“. Für eine transparente Aufarbeitung des Untersu-

chungsgegenstands war es wichtig, irreführende Bezeichnungen zu vermeiden und Klarheit in der verwendeten Terminologie zu schaffen. Die Erarbeitung von Formen des sozialen Widerstands, die in Folge der Verletzung von Konformitäten in Bezug auf die Grundnahrungsmittelversorgung an einem bestimmten Ort und zu einer bestimmten Zeit in einem festzulegenden gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Rahmen stattfanden, erforderte die Berücksichtigung von interdisziplinären Forschungsergebnissen. Die vorliegende Arbeit trägt dieser Überlegung Rechnung und verweist auf fächerübergreifende Forschungsergebnisse. Das Alltagsverhalten der Akteure von kollektiven Protestformen stand im Blickpunkt einer multiperspektivischen Betrachtung.

In der Masterarbeit sollen die Anwendungsmöglichkeiten des Konzepts am Beispiel von Subsistenzunruhen aufgezeigt werden. Die Marktunruhen im Juli 1916 in der Schweiz stehen als Fallbeispiel im Fokus der Betrachtung. Die vorliegende Arbeit berücksichtigt dabei sowohl offene Konflikte im Juli 1916 in Bern, Zürich, Biel, Thun und Grenchen sowie in einem Querverweis in Mexiko zu Beginn des 21. Jahrhunderts, als auch den latenten Konflikt im Juli 1916 in Luzern. Anhand eines historischen Längsschnitts untersucht die Arbeit Food Riots auf Handlungsmuster und Kontinuitätslinien.

Die Ergebnisse einer zeitlosen und archetypischen

Deutung der Handlungsmuster und Kontinuitätslinien bergen die Gefahr, ähnlichen Erscheinungsformen eine gleiche Bedeutung zuzuschreiben, die sie in Wirklichkeit nicht besitzen. Deshalb

erfordert der Umgang mit dem Untersuchungsgegenstand eine kritische Analyse der jeweiligen Sachverhalte, die in der vorliegenden Arbeit vorgenommen wurde.



Beda Lötscher

*Keine „mercantilischen Speculationen“?
Die Deposito-Cassa als Hausbank der Bürgergemeinde Bern, 1825-1892*

Masterarbeit bei Prof. Dr. Christian Rohr

Die heutige Berner DC Bank mit ihren 45 Mitarbeitenden und einer Bilanzsumme von 882 Millionen Franken (2011) kann auf eine bereits längere Geschäftstätigkeit zurückblicken: 1825 wurde sie als Deposito-Cassa von der damaligen Stadtverwaltung in der Absicht gegründet, die Überschüsse der verschiedenen Stadtkassen zinsbringend anzulegen. Während der knapp zweihundertjährigen Unternehmensgeschichte hat die bürgerliche Bank zwar ihr Geschäftsfeld laufend erweitert; speziell in ihrer Ausrichtung und Werte-Orientierung weist sie jedoch noch immer erstaunliche Konstanten zu ihren Anfängen auf. Dieser Umstand bildet den Ausgangspunkt der Masterarbeit, die sich mit der Deposito-Cassa im Zeitraum zwischen ihrer Gründung und einer Neuorientierung um 1892 aufgrund eines bankinternen Betrugsfalles befasst. Die Studie entstand im Rahmen des Forschungsprojektes Geschichte der Bürgergemeinde Bern im 19. und 20. Jahrhundert unter der Leitung von Dr. Martin Stuber.

Hinsichtlich ihrer Fragestellung verfolgt die Arbeit das Ziel, die Bank im 19. Jahrhundert anhand mehrerer Leitlinien und einer Unterteilung in Form und Inhalt historisch zu verorten. Damit verbunden ist keine Aufarbeitung der Bankgeschichte im Sinne einer Gesamtdarstellung, sondern eine Untersuchung ihrer Organisation und ihres Geschäftsganges. Methodologisch stützt sie sich auf die Ergebnisse der Forschung zur Hermeneutik, Diskursanalyse sowie auf Hayden Whites Konzept der Metahistory. Dabei wird insbesondere die Be-

deutung von Ort, Zeitpunkt und Zusammenhang der Aussagen im Quellenmaterial besprochen. Ferner wird die Wichtigkeit der Periodisierung des Untersuchungsgegenstandes wie auch die Wahl einer kontextualistischen Methode begründet. Die Studie greift drei Quellentypen aus bürgerlichen Beständen auf: Es handelt sich um die Berichte des Burgerrates der Stadt Bern über die bürgerliche Gemeindverwaltung von 1864 bis 1894, die Protokolle der Finanzkommission für die Deposito-Cassa zwischen 1825 und 1896 sowie die Deposito-Cassa Rechnungen, abgelegt durch den jeweiligen Kassenverwalter im Zeitraum von 1825 bis 1892.

Schliesslich folgen nun die wichtigsten Ergebnisse der Studie. Betreff der Frage nach der Rolle der Deposito-Cassa als Hausbank der Bürgergemeinde konnte aufgezeigt werden, dass diese bis zur Güterauscheidung von 1852 als Kommunalbank die gewinnbringende Anlage der städtischen Gelder besorgte. Später galt dies zumindest noch für die Überschüsse der Bürgergemeinde. Sie war zwar ihrem Namen und Selbstverständnis nach in ihrer Gründungszeit keine Bank, betrieb jedoch bereits in den Anfangsjahren auch Handel mit ausländischen Wertschriften. Ab 1883 fiel zudem die Beschränkung des Geschäftskreises auf Mitglieder der Bürgergemeinde weg. Ebenso zeigte eine Rundschau des bernischen Bankenplatzes, dass wesentliche Innovationen im Unternehmen von der lokalen Konkurrenz angestossen wurden, wobei die Deposito-Cassa immer auch von ihrer

speziellen Haftungssituation (Deckung durch das städtische Vermögen, respektive durch die Bürgergemeinde) profitierten konnte. Im Weiteren thematisiert die Arbeit das Argument der Gemeinnützigkeit, welches die Finanzkommission insbesondere in krisenhaften Situationen als legitimierend für den Weiterbestand der Bank verwendete.

Der zweite Hauptteil der Studie widmet sich dem Geschäftsgang der Deposito-Cassa. In quantitativer und qualitativer Weise stellt dieser Teil erstens die Zusammensetzung der Aktiven- und Passivengelder im Untersuchungszeitraum dar. Darauf folgt eine Berechnung von Bilanzsumme und Erfolgsrechnung, welche auch die Einschnitte im Geschäftsverlauf durch innere und äussere Faktoren – etwa Kriege, Wirtschaftskrisen sowie

die Bundesstaats-Gründung – mit einbezieht. Drittens diskutiert die Arbeit den Sachverhalt, dass die Sprache der Quellen sowie die Angaben des bürgerlichen Schriftstellers Rudolf von Tavel die Probleme zu grossen Teilen vertuschen, welche die Ausdehnung des Geschäftsfeldes mit sich brachte: Genauer beleuchtet werden hier die Beteiligung der Deposito-Cassa am Bau der Nydeggbücke, die Investitionen in die Zweite Bernerbaugesellschaft, die Veruntreuung von Geldern durch den Kassenverwalter Rudolf Steck sowie die in der zweiten Jahrhunderthälfte einsetzende Eisenbahnspekulation. Auf dieser Basis konnte auch die Ansicht Tavels, die Deposito-Cassa mit ihrer konservativen Ausrichtung habe stets an ihrem einstigen Gründungszweck festgehalten, kritisiert werden.



Gionduri Maissen

Reaktionen der katholischen Kirche auf das „Unternehmen Barbarossa“

Masterarbeit bei Prof. Dr. Stig Förster

Der Überfall der deutschen Wehrmacht auf die Sowjetunion am 21. Juni 1941 unter dem Decknamen „Unternehmen Barbarossa“ war auch ein Krieg des Nationalsozialismus gegen den Kommunismus. Dieser kriegerische Angriff stellte den Vatikan vor die Frage, wie sich die katholische Kirche als Ganzes, aber auch der Vatikan und mit ihm der regierende Pontifex Papst Pius XII. (1939-1958), insbesondere aus Sicht der langjährigen Bemühungen, den Kommunismus und seine Ausbreitung zu bekämpfen, positionieren würde. Daraus resultiert folgende Fragestellung: Inwiefern hat die katholische Kirche – insbesondere unter dem Aspekt des Kampfes gegen den Kommunismus – den Ostfeldzug der Nationalsozialisten gutgeheissen?

Spätestens nach der Oktoberrevolution und dem Ende des Ersten Weltkrieges nahm der Vatikan eine unmissverständlich antikommunistische Haltung ein, dabei bildete die Sowjetunion das Sinnbild des Kommunismus. In dieser politischen Bewe-

gung sah die katholische Kirche eine existenzielle Bedrohung. Der mit dem Kommunismus verbundene Atheismus schloss den Glauben und jegliche kirchliche Institution aus. Unter Stalins Terrorregime fanden viele Säuberungen in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen statt. Auch Christen wurden unter anderem aufgrund ihrer Religionszugehörigkeit systematisch verfolgt. Im Vatikan bestand die Angst vor der völligen Vernichtung aller weltweiten Kirchen und Religionen durch totalitäre Staaten. Diese Angst ergriff den Vatikan spätestens nach der Oktoberrevolution und begleitete ihn bis weit nach dem Zweiten Weltkrieg.

Somit bestanden durchaus gemeinsame Feindbilder zwischen dem Vatikan und der nationalsozialistischen Ideologie. Die Tendenz des Vatikans, Hitler als Retter gegen den Feind im Osten darzustellen, ist in vielen kirchlichen Stellungnahmen erkennbar. Auch für die deutsche katholische Kirche, welche direkt vom Nationalsozialismus betroffen war, obwohl es darin verschiedene Strö-

mungen gab, bildete die Parteinahme des Dritten Reichs gegen den Kommunismus eine wirksame Gemeinsamkeit. Hitler selber profitierte in strategischer und politischer Hinsicht vom gemeinsamen Feindbild, indem er dem Vatikan den Abschluss eines Reichskonkordats im Juli 1933 vorschlug, ein Angebot, das der Vatikan nach jahrelangen Bemühungen um einen solchen Vertragsabschluss kaum ausschlagen konnte.

Verträge mit Diktaturen waren aber für den Vatikan nicht etwas grundsätzlich Neues. Bereits mit dem faschistischen Italien schloss er 1929 die Lateranverträge ab. Der Vatikan beschloss bereits seit Papst Leo XIII. (1878-1903), sich an keine bestimmte Staatsform zu binden. Sie akzeptierte fortan, so die Lehrmeinung, jede Regierungsform, solange diese nicht gegen die Grundsätze des Christentums und des Naturrechts verstieß und die „gottgeschaffene und gottempfohlene Ordnung der Dinge“ respektierte. Diese Position der katholischen Kirche setzten sowohl Pius X. (1903-1914) als auch Pius XII. in der vatikanischen Politik konsequent um. Diese Nichteinmischung in fremde Staatsangelegenheiten und der stets wieder formulierte Appell an den Weltfrieden im Interesse der Menschheit prägte die vatikanische Grundhaltung auch im Zweiten Weltkrieg und beim Überfall auf die Sowjetunion. Dies führte zum berühmten und von vielen kritisierten Schweigen des Papstes Pius XII. – wobei das Schweigen primär staatliche Belange betraf, nicht aber religiöse Belange der Gläubigen.

Der Vatikan bezog während des ganzen Zweiten Weltkriegs bezüglich militärische Offensiven und gegen die Judenverfolgung keine klare politische Stellung, sondern bemühte sich, wie in der regen bilateralen Korrespondenz mit den deutschen Bischöfen zum Ausdruck kommt, um die seelsorgerischen Aufgaben und die Bildung der Jugend, sowie um die Wahrung des katholischen Sittencodex. Doch obwohl die politische Stellungnahme des Vatikans und der deutschen katholischen Kirche zurückhaltend bzw. einseitig blieb, herrschte andererseits auch keine generelle Zusammenarbeit zwischen nationalsozialistischer Regierung und katholischer Kirche. Das Ziel lautete eine vorerst gegenseitig unbehelligte Koexistenz, was auf lange Sicht wohl unmöglich geworden wäre, kurzfristig und in Kriegszeiten aber war ein Burgfriede möglich und von beiden Seiten erwünscht.

Die katholische Kirche und Hitler stimmten in einer entscheidenden Frage weitgehend überein, nämlich in der gemeinsam empfundenen Bedrohung des Kommunismus. Somit stellt sich die Frage, ob die katholische Kirche durch dieses gemeinsame Ziel das „Unternehmen Barbarossa“ billigte. Fest steht, dass mit dem Überfall auf die Sowjetunion ein sehnlichster Wunsch der katholischen Kirche in Erfüllung ging, denn der über zwei Jahrzehnte lancierte Kampf gegen den Kommunismus wurde nun durch eine aggressive deutsche Militärmacht realisiert. Von einer vatikanischen Zustimmung zum „Unternehmen Barbarossa“ kann jedoch nicht die Rede sein.



Aline Louise Minder

Eintauchen in vergangene Welten
Dramaturgie und Narrative in Ausstellungen zur Antike

Masterarbeit bei Prof. Dr. Stefan Rebenich

In der Schweiz widmen sich 27 Museen hauptsächlich archäologischen Funden und der Vermittlung der Epoche der Antike. Nebst unterschiedlichen Objekten und Themen präsentieren

diese Ausstellungen spezifische Vergangenheitsbilder, die stets in Relation zu unserer Gegenwartserfahrung zu verstehen sind.

Die Studie untersucht sieben Dauer- und Sonder-

ausstellungen der vergangenen zehn Jahre in der Schweiz. Es sind Beispiele aus dem französischsprachigen Landesteil (Laténium, Hauterive NE), solche aus der Deutschschweiz (Kunst der Kelten, Historisches Museum Bern 2009), lokalarchäologische Museen (Vindonissa-Museum Brugg) und grosse Häuser (Sex, Drugs, Leierspiel – Rausch und Ekstase in der Antike, Antikenmuseum Basel 2011) vertreten. Der Fokus der Analyse richtet sich zunächst auf die Einstiegssituationen, um anschliessend der Frage nach übergeordneten Narrativen und dramaturgischen Elementen im Ausstellungsverlauf nachzugehen. Es wurde ein zweistufiges Vorgehen gewählt: Zuerst wurden die

einzelnen Ausstellungen detailliert beschrieben und analysiert. In einem zweiten Schritt galt es, anhand von Experten-Interviews mit den verantwortlichen KuratorInnen vertiefte Informationen zu deren Intentionen zu gewinnen.

Das Ergebnis der Studie ist eine Übersicht der Gemeinsamkeiten und Unterschiede in Bezug auf den Einstieg, die dramaturgische Struktur und die übergeordneten inhaltlichen Narrative. Gleichzeitig bietet die Untersuchung detaillierte Beschreibungen und Analysen von sieben Ausstellungen zur Antike. Schliesslich verdeutlichen die Beispiele, dass transdisziplinäre Herangehensweisen in der Museumsarbeit unumgänglich geworden sind.



Fabian Moser

Autobahn, Flughafen, Rennstrecke

*Umnutzung von Teilen der burgerlichen Waldungen Bremgartenwald
und Forst zu Verkehrsinfrastruktur im 20. Jahrhundert*

Masterarbeit bei Prof. Dr. Christian Rohr

Im Laufe des 20. Jahrhunderts stand der Waldbesitz der Burgergemeinde Bern immer wieder im Fokus der Behörden und Planungsinstanzen wenn es darum ging, Verkehrsinfrastruktur im Wald zu realisieren. Diese Arbeit befasst sich mit drei solchen Infrastrukturprojekten, die im Verlauf des letzten Jahrhunderts eine Zweckentfremdung und Umnutzung der burgerlichen Wälder Bremgartenwald und Forst zur Folge hatten. So fanden zwischen 1931 und 1954 jährlich internationale Motorrad- und Automobilrundstreckenrennen auf einem Rundkurs im Bremgartenwald statt. In den 1960er Jahren wurde ein Kontinentalflughafen westlich der Stadt Bern geplant, dem mehr als 200 ha des burgerlichen Forstwaldes bei Rosshäusern hätten geopfert werden müssen. Und in den 1970er Jahren fielen mit dem Bau der Stadttangente Bern-Nord der Autobahn A1 rund 50 ha des Bremgartenwaldes unwiderruflich dem Autobahn-

bau zum Opfer. Diese teils massiven Eingriffe in das Ökosystem Wald werden eingehend besprochen und die Rolle der Burgergemeinde Bern als Landschaftsakteurin bei der Umsetzung dieser Projekte nachgezeichnet. Der Fokus der Arbeit liegt dabei in der Untersuchung der zentralen Verhandlungen, Stellungnahmen und Verträge zu den jeweiligen Verkehrsinfrastrukturprojekten in den burgerlichen Waldungen.

Die zweckentfremdende Umnutzung von (stadtnahem) Wald zu Verkehrsinfrastruktur kollidierte dabei immer wieder mit dem forstpolitischen Wirken. Einerseits versteht sich die Burgergemeinde als zuverlässige Partnerin der Einwohnergemeinde Bern, die stets versucht bereitwillig Hand zu bieten, wenn es den öffentlichen Interessen der Stadt dient, andererseits ist sie auch darauf bedacht, den Wald als Wirtschafts- und Erholungsraum zu erhalten und verantwortungsvoll zu bewirtschaften.



*„... für die Zwecke des vaterländischen Wehrwesens ...“
Die bundesbehördliche Handhabung fremder Dienste 1859-1927*

Masterarbeit bei PD Dr. Daniel Segesser

Das Söldnerwesen war zu einer Jahrhunderte alten schweizerischen Tradition geworden, als die Bundesverfassung 1848 den Abschluss von Militärkapitulationen zur Errichtung von Schweizerregimentern im Ausland untersagte. Dieser politische Prozess verschärfte die gesetzlichen Bestimmungen zu fremden Diensten in mehreren Schritten und gipfelte 1927 schliesslich im definitiven Fremddienstverbot durch Art. 94 des heute noch gültigen Militärstrafgesetzes. Die Untersuchung legt in einem einführenden Kapitel die Entwicklung dar, welche zum „Bundesgesetz betreffend die Werbung und den Eintritt in den fremden Kriegsdienst“ vom 30. Juli 1859 führte, und analysiert auf dieser Grundlage im Hauptteil dessen Anwendung durch die Bundesbehörden.

„Der Bundesrath kann eine solche Bewilligung nur zum Behufe weiterer Ausbildung für die Zwecke des vaterländischen Wehrwesens erteilen“ – Art. 1 des Bundesgesetzes von 1859 erlaubte einem Schweizerbürger den Eintritt in Truppenkörper des Auslandes, falls diese zu den Nationaltruppen des betreffenden Staates gehörten. Wenn eine Armee nicht als Nationaltruppe ihres Landes betrachtet wurde, konnte der Bundesrat eine Bewilligung dazu zwar erteilen, allerdings nur unter der Voraussetzung, dass der Dienst des Gesuchstellers in einer fremden Armee zwecks seiner militärischen Weiterbildung geleistet wurde und diese dann später der Schweizer Armee zugute kommen würde. Die umständliche, nicht zu sagen unglückliche Formulierung dieser Bestimmung gibt den ursprünglichen Willen des Gesetzgebers nicht in befriedigender Masse wieder und führte während deren knapp siebzigjährigen Gültigkeitsdauer oft zu Konfusionen. Es drängt sich daher die Frage auf, wie diejenigen Akteure diesen Gesetzesartikel interpretierten, die ihn anzuwenden hatten. Gegenstand der Untersuchung sind die Verfahren, in denen die Bundesbehörden im Untersuchungszeitraum Gesuche um Bewilligung des Eintritts in fremde Dienste behandelten. Durch die Analyse

der überlieferten Akten von gut achtzig Bewilligungsverfahren wird dargelegt, wie die zuständigen Behörden das Gesetz anwendeten, welche Stellen dabei miteinbezogen wurden und welche Argumente die beteiligten Akteure vorbrachten.

Bei der Betrachtung der Bewilligungsverfahren fällt die Bereitschaft der eidgenössischen Behörden auf, Schweizern bei deren Vorhaben, in fremde Dienste zu treten, zu unterstützen; so verhalten sie in mehreren Fällen Gesuchstellern auf diplomatischem Wege zu Anstellungen in ausländischen Armeen. Wenn der Bundesrat nicht in Erfahrung bringen konnte, ob es sich bei einer ausländischen Armee um eine zu den Nationaltruppen gehörende handelte, entschied er praktisch immer zugunsten des Gesuchstellers und erlaubte diesem den Eintritt in den gewünschten Truppenkörper.

Der Bundesrat hatte sich bei Inkrafttreten des Bundesgesetzes von 1859 klar ausgedrückt, in welchen Truppen der Dienst von Schweizern untersagt sein sollte: In den Regimentern in Rom und Neapel, in der französischen Fremdenlegion und in der Königlich Niederländisch Indischen Armee. Zwar bestätigten die zuständigen Behörden in der Bewilligungspraxis diese Haltung in Bezug auf die päpstlichen Truppen, eine konstante Befolgung der Vorgabe bezüglich französischer Fremdenlegion lässt sich jedoch nicht feststellen. Im Gegenteil: Schweizern wurde der Eintritt in die Fremdenlegion oft nicht nur erlaubt, obwohl diese Truppe vom Militärdepartement durchwegs als nicht zu den Nationaltruppen Frankreichs gehörend angesehen wurde; die Behörden verhalfen mittels diplomatischer Aktivitäten einzelnen Schweizern sogar zu Anstellungen in Nordafrika. Den Status der Königlich Niederländisch Indischen Armee beurteilte der Bundesrat nicht im Sinne des Gesetzes und gestattete nach einer Rekrutierungsanfrage der niederländischen Regierung Ärzten aus der Schweiz während mehreren Jahren, sich für fremde Dienste nach Niederländisch-Indien zu begeben.



Fabio Pacozzi

*„Gemeinnütziges Unternehmen“ oder bernburgerliches Renditedenken?
Die Beteiligung der Bürgergemeinde Bern an Eisenbahnprojekten der Gründerzeit*

Masterarbeit bei Prof. Dr. Christian Rohr

Diese Masterarbeit wurde am Historischen Institut, Abteilung Wirtschafts-, Sozial- und Umweltgeschichte WSU ausgeschrieben und untersucht den Anschluss der Stadt Bern an das eidgenössische Eisenbahnnetz aus der Sicht der Bürgergemeinde Bern und der 13 bernburgerlichen Zunftgesellschaften.

Der Untersuchungszeitraum beinhaltet dabei die Jahre 1854 (Entschluss zum Aktienkauf) bis 1858 (Bahnlinie bis Bern fertiggestellt).

Die zentralen Fragestellungen lauten, warum Bürgergemeinde und Zünfte Mitte des 19. Jahrhunderts den für damalige Verhältnisse riesigen Betrag von 500'000 Franken in Aktien der Schweizerischen Centraleisenbahngesellschaft investierten und damit mithalfen, Berns Eisenbahnanschluss zu sichern. War der Aktienkauf wirtschaftlich

motiviert? Oder geschah er zum Allgemeinwohl Berns?

Weiterhin wird untersucht, wie die Bürgergemeinde und Zunftgesellschaften neben dem Erwerb von Aktien sonst noch tätig wurden, um die Eisenbahn in die Hauptstadt zu führen. Hier wird vor allem auf die stattgefundenen burgerlichen Landverkäufe an die Bahngesellschaft eingegangen.

Als Letztes wird gefragt, ob und wie die zeitgenössische Presse über die Aktienbeteiligung von Bürgergemeinde und Zünften berichtete.

Ziel der Arbeit ist es also, die eisenbahnbezogenen Tätigkeiten von Bürgergemeinde und Zünften in den Jahren von 1854-1858 so genau wie möglich zu analysieren und die Folgen, welche diese für die genannten Akteure hatten, herauszuarbeiten.



Noëmi Rui

„¿A quien pisados le toca mañana?“¹

Untersuchung zur Studentenbewegung in Guatemala in der Zeit des Conflicto Armado Interno

Masterarbeit bei Prof. Dr. Arndt Brendecke

Das Ziel der Arbeit ist die Untersuchung der Studentenbewegung in Guatemala und deren Rolle im Conflicto Armado Interno. Politische Unruhen fanden in fast allen lateinamerikanischen Ländern statt, in den meisten gehörten die Studenten zur treibenden Kraft. Die Untersuchung der guatemalteckischen Studentenbewegung schliesst eine Lücke in den Untersuchungen zur Frage, weshalb sich die Opposition in Guatemala trotz einer anhaltenden Widerstandsbewegung nicht gegen das Militärregime durchsetzen konnte. Der Fokus der

Untersuchung liegt dabei auf der Entwicklung der Bewegung und auf der Vernetzung der Studenten mit anderen Sozialen Bewegungen. Für Guatemala spielten neben den Studentenbewegungen auch die Arbeiterbewegung, die Guerilla- sowie die Demokratisierungs- und die Campesino-Maya-Bewegungen eine zentrale Rolle; die Studentenbewegung war mit diesen teilweise eng verknüpft. Zeitlich beschränkt sich die Untersuchung auf die Jahre zwischen 1958 und 1983, wobei für die Zeit von 1944 bis 1958 ein Überblick geschaffen wird.

Regional lokalisiert sich die Untersuchung, von wenigen Ausnahmen abgesehen, in der Hauptstadt Guatemala Ciudad. Für die vorliegende Untersuchung wurde hauptsächlich fremdsprachiges Quellenmaterial verwendet, weshalb, um Fehler zu vermeiden, einige Begriffe in der Originalsprache (Spanisch) belassen wurden. Neben der vorhandenen Literatur und den Quellensammlungen der beiden Wahrheitsberichte (es gab in Guatemala das REMHI Projekt des erzbischöflichen Menschenrechtsbüros ODHAG, des Guatemala-Nunca Más und des Berichts der UNO-Wahrheitskommission Guatemala, CEH, Guatemala-Memoria del Silencio) werden hauptsächlich zwei weitere Quellenbestände ausgewertet. Dies sind zum einen die Dokumente, die bei Rechercharbeiten im Archivo de la Policía Nacional in Guatemala gefunden wurden. Zum anderen wurden von der Autorin Interviews mit ehemaligen Aktivisten, Studenten und Militärangehörigen geführt. Diese erlauben, flankierend zu den offiziellen Akten und der oft politisch aufgeladenen Literatur, eine Innenperspektive der guatemaltekischen Studentenbewegung zu skizzieren.

Die Arbeit ist in fünf Abschnitte unterteilt. In einem ersten Kapitel wird ein theoretisches Muster erstellt, nach dem die nachfolgenden Untersuchungen aufgezo-gen werden. Der zweite Teil beinhaltet einen historischen Überblick über die Jahre des Conflicto Armado Interno und skizziert den Hintergrund vor dem die Entwicklungen stattfanden. Im ersten Teil des dritten Abschnittes werden erst einige allgemeine Aspekte der Universität vorangestellt und dann ein Überblick der Entwicklung der Universität bis 1958 gegeben. Danach beginnt die eingehende Untersuchung der Entwicklung der Studentenbewegung und deren Umfeld. Mit der Etappe 1958 bis 1962 beginnt die genauere Untersuchung der Entwicklung der Studentenbewegung in der USAC. Das Jahr 1958

ist nicht willkürlich gewählt, sondern der erfolgreichen Revolution in Kuba geschuldet, und die dadurch ausgelöste Hoffnung unter den kommunistischen Linken im gesamten lateinamerikanischen Raum. Die Studenten beginnen sich nach dem Schock des CIA-Coups 1954 und dem damit verbundenen Ende der Años de Primavera erneut zu organisieren, und es entwickelt sich eine Welle der Euphorie und Teilnahme, die 1962 in den ersten Aufständen seit 1954 mündet. Damit beginnt die Zeit der Studentenbewegung, und auch der Repression gegen ebendiese. 1977 erreicht die Studentenbewegung erneut eine massive Kraft, wird jedoch in der darauf folgenden Welle der Repression 1978-81 fast völlig ausgelöscht. Nach diesen Untersuchungen folgt eine Analyse der Bewegung anhand des zuvor aufgestellten Theorieansatzes, und in der abschliessenden Konklusion wird die Frage nach Erfolg oder Misserfolg der Studentenbewegung erneut aufgegriffen und beantwortet. Als Ergebnis der Untersuchung kann festgehalten werden, dass die Studentenbewegung nach 1983 zum Erliegen kam. Das Scheitern der Bewegung scheint dabei von verschiedenen Faktoren abhängig gewesen zu sein. Zu nennen sind dabei hauptsächlich der Verlust der Unterstützung durch das Volk, die Spaltungen innerhalb der Opposition und die Repression gegen die Bewegung. Mit Sicherheit lässt sich festhalten, dass die Studentenbewegung in der Zeit des Conflicto Armado Interno wichtig für das Weiterbestehen der Opposition war. Um ein tieferes Verständnis für die Entwicklung der guatemaltekischen Studentenbewegung zu entwickeln, müssten die Fragen zu der Resonanz der Bewegung in der Gesellschaft und die Verwicklungen zwischen den einzelnen Bewegungsströmen genauer untersucht werden.

1 Kobrak, En pie de lucha, Kapitel 9, 1980 „A quién le toca



Die Wehrpflichtkrise von 1917

Mehr als ein Konflikt zwischen den Anglo- und Frankokanadiern

Masterarbeit bei PD Dr. Daniel Segesser

Mit dem Kriegseintritt von Grossbritannien am 4. August 1914 befand auch Kanada sich im Krieg mit den Mittelmächten, da die Erklärung im Namen des gesamten „British Empires“ erfolgte. Die Grösse des Engagements lag aber im Ermessen der kanadischen Regierung unter dem konservativen Premier Robert Borden. Insgesamt dienten 600'000 Kanadier in militärischen Formationen. 60'000 Männer kehrten nicht lebend zurück. Die hohen Verluste im Feld und der ständige Ausbau der Streitkräfte liessen Zweifel aufkommen, ob das System der freiwilligen Verpflichtung genügen würde. Ab dem Frühjahr 1916 fielen auch die Rekrutierungszahlen kontinuierlich. Die wichtigste Ursache dafür war die Tatsache, dass eine Mehrheit der bisherigen Freiwilligen britische Einwanderer waren und dieses Reservoir langsam ausgeschöpft war. Nach seinem Besuch von London und der Westfront im Frühjahr 1917 kündigte Premier Borden am 18. Mai seine Absicht zur Einführung der Wehrpflicht an. Um grössere Akzeptanz zu schaffen bildete Borden sein Kabinett in eine Union aus Konservativen und abtrünnigen Liberalen um. Da im Dezember Parlamentswahlen anstanden, wurden diese Wahlen zu einem indirekten Referendum über die Wehrpflicht hochstilisiert. Dabei verfolgte die Regierung die Strategie, die Anglokanadier gegen die Frankokanadier auszuspielen. Die Wahl endete mit einem überwältigenden Sieg der Unionisten. Die Umsetzung der Wehrpflicht verlief 1918 nur schleppend, da 90% der aufgerufenen Männer einen Antrag auf Befreiung der Dienstpflicht stellten. Trotzdem konnte die geforderte Zahl von zusätzlichen 100'000 Soldaten bis Kriegsende erreicht werden. Enorm wichtig für die britischen Kriegsanstrengungen waren aber auch die Lieferungen der kanadischen Industrie und Agrarwirtschaft.

Die Forschung zur Wehrpflichtkrise von 1917 ist sehr stark auf die Auseinandersetzung zwischen dem englischsprachigen Landesteil und Québec fokussiert. Viele umfassende Werke und Aufsätze gehen auf die Verweigerungshaltung von Québec

ein. Andere Oppositionsgruppen wie Gewerkschafter, Farmer und Pazifistinnen werden in den Standardwerken aber nur ungenügend erwähnt. Nur einige Aufsätze zu spezifischen Gesellschaftsgruppen thematisieren ihre Rolle in der Wehrpflichtfrage.

In dieser Studie wurden die Argumente der kanadischen Regierung und des Establishments für den freiwilligen und den obligatorischen Wehrdienst untersucht. Diese Themen wurden von den angesprochenen Gruppen unterschiedlich aufgenommen und teils mit Gegenargumenten beantwortet. Daher waren die Argumentationslinien, ihre Aufnahme bei den Zielgruppen und ihre weitere Entwicklung die eigentlichen Gegenstände der Untersuchung. Es wurde auch beleuchtet, wie die Argumente und die sozioökonomischen Verhältnisse in Kanada miteinander agierten. Dadurch konnten einige Brüche in der damaligen Gesellschaft definiert werden, die sich in der Haltung zur Wehrpflicht manifestierten und auch die Nachkriegsjahre prägten. Quellen waren dabei die Propagandaposter der Kriegsjahre, insbesondere Rekrutierungsplakate, aber auch die Parlamentsdebatten, der *Canadian Annual Review* und regionale Zeitungen.

Als Ergebnis konnten einige Argumentationslinien herausgearbeitet werden. Die erste hatte die Nationswerdung von Kanada durch die Taten der kanadischen Soldaten zum Thema. Jeder in der Bevölkerung war dazu aufgerufen, seinen Teil zum Sieg beizutragen, um die Truppen zu unterstützen. Im Wahlkampf wurde dies mit dem Motto „Wehrpflicht annehmen oder aus dem Krieg ausscheiden“ überspitzt. Als zweiter Strang tat sich das Thema der nationalen Einheit hervor, die mit einem Neuanfang in der Politik und der Gesellschaft einhergehen sollte. Staatliche Institutionen sollten eine Fürsorge für die Veteranen bereitstellen und die Teuerung bekämpfen. Finanziert werden sollte das Ganze mit staatlichen Abgaben. Drittes Thema war der selektive Aspekt der Wehrpflicht. Männer in kriegswichtigen Tätigkeiten sollten von der

Dienstpflicht befreit werden. Damit sollten ganze Gesellschaftsgruppen wie die Farmer und Industriearbeiter angesprochen werden, da diese sich dadurch Hoffnungen auf eine Befreiung machen konnten. Der vierte und grösste Strang war die Verteidigung der britisch-protestantischen Institutionen gegen den Militarismus der Preussen und den katholischen Autoritarismus der Frankokanadier. Dabei wurden die beiden Feindgruppen häu-

fig vermischt und gleichgesetzt. Cleavages manifestierten sich auf den folgenden Ebenen: Religion (Protestanten-Katholiken), Stadt-Land, soziale Schichten (Arbeiter/Farmer-Establishment), Regionen (junger Westen-alteingesessener Osten), Zivilbevölkerung-Soldaten, Ethnien (Anglokanadier-Frankokanadier/eingewanderte Kontinentaleuropäer) und Geschlechter (Frauenrechtsbewegung-Konservative).



Judith Schütz

Die Luzerner und die Pest von 1627-1629

Wahrnehmungen, Interessen, Handlungsspielräume

Masterarbeit bei Prof. Dr. André Holenstein

Pestzüge gehörten als Konstante zur Frühen Neuzeit – sei es als erinnerte Vergangenheit, herrschende Realität oder als gefürchtete Bedrohung. Die Epidemie von 1627 bis 1629 war die letzte, die das Gebiet des Kantons Luzern erreichte und zugleich eine der schwersten: Sie hinterliess mit Sterberaten von bis zu vierzig Prozent grosse Lücken in der Bevölkerung. Die einzelnen Orte waren unterschiedlich stark betroffen, so blieb nach heutiger Kenntnis die Stadt Luzern von der Krankheit fast gänzlich verschont, was eine erstaunliche Leistung der zuständigen Obrigkeit und auch der Einwohner war. Ausgehend von dieser Situation untersucht die Masterarbeit die Wahrnehmungen, Interessen und Handlungsspielräume der Luzernerinnen und Luzerner verschiedener Gesellschaftsebenen. Diese verfügten im Angesicht der Pest über unterschiedliche Massnahmenkataloge, die vorwiegend anhand der zeitgenössischen Korrespondenzen herausgearbeitet wurden.

Der erste Fokus richtet sich auf die Informationspolitik vor und während der Krise. Über alle Schichten und Institutionshierarchien hinweg konnte eine ähnlich motivierte Neigung zu Verheimlichung, Verharmlosung und Desinformation festgestellt werden. Die Bedeutung von Transparenz und gegenseitiger Benachrichtigung für eine wirksame,

flächendeckende Pestbekämpfung wurde zwar durchweg betont – sowohl innerhalb des Kantons, innerhalb der Eidgenossenschaft wie auch in Kontakt mit auswärtigen Herrschaften. Diesem Bewusstsein stand jedoch meist die übermächtige Furcht vor Nachteilen und Einschränkungen gegenüber. Solche bildeten jedoch vor allem im Bereich von Wirtschaft und Mobilität einen zentralen Bestandteil der Seuchenabwehr. Die Luzerner Obrigkeit unternahm zahlreiche Anstrengungen zur Regulierung von Handel und Wandel und entfaltete dabei einige Innovationskraft. Dies geschah zu wichtigen Teilen auch unter dem massiven Druck des Herzogtums Mailand, das mit seinem bereits relativ elaborierten Pestbekämpfungssystem klare Ziele verfolgte. Dem obrigkeitlichen Willen und der Bereitschaft, Nachteile in Kauf zu nehmen, standen die Interessen und Handlungsspielräume der vermittelnden Instanzen auf der Landschaft und vor allem der breiten Bevölkerung teilweise diametral entgegen. So waren Anordnungen zu Märkten, Grenzübergängen oder Transithandel am ehesten noch im engeren städtischen Bereich von Erfolg gekrönt.

Viel weniger geht aus den Quellen über Massnahmen aus den Feldern Medizin und Religion hervor. Es scheint, dass diese geringere Aufmerksamkeit

von der zentralen Obrigkeit erhielten und mehr in den Verantwortungs- und Gestaltungsbereich der lokalen Instanzen fielen. Eine Luzerner Pestschrift von 1611 zeigt die Möglichkeiten verschiedener Vermögensklassen zur medizinischen Prophylaxe und zur Behandlung der Krankheit auf. Daneben galten nach wie vor hygienische Massnahmen als wirkungsvolle Gegenwehr. Das Feld der (Laien-) Medizin macht besonders deutlich, dass zu dieser Zeit kaum von zwei entgegengesetzten Pestwahrnehmungen im Sinne von Miasma und Contagion, wie oft von der Forschung behauptet, gesprochen

werden kann. Die religiöse Deutung der Seuche als Strafe Gottes stand wohl über allem, zeitigte jedoch gemäss Überlieferung kaum konkrete Anordnungen. Vor allem die Untersuchung personeller Aspekte zeigt hingegen eindrücklich, wie überaus stark die Geistlichkeit in die Alltagsbewältigung involviert war.

Beim Vergleich der Reaktionen, Handlungsweisen und Interessen der verschiedenen Akteure angesichts der Pest trat eine grosse, lebensweltlich bedingte Diskrepanz zu Tage.



Sara Shokry

Das Idealbild des Kaisers in der panegyrischen Literatur
Karl der Grosse im Vergleich zu seinen antiken Vorgängern Trajan und Theodosius

Masterarbeit bei Prof. Dr. Thomas Späth

Der Aufstieg Karls des Grossen zum Kaiser ist unter diversen Gesichtspunkten als höchst spannendes Ereignis der Geschichte zu betrachten. Sie bedeutete etwa einen Affront gegen die Kaiser in Byzanz, welche sich ebenfalls in direkter Nachfolge des römischen Kaisertums sahen. Gleichzeitig wird auch im Rekurs der mittelalterlichen Kaiser Westeuropas auf ihre römischen Vorgänger die Vorstellung deutlich, in einer Art „Fortbestehen“ des römischen Imperiums zu leben. Wenn sich aber Karl der Grosse als „Begründer des mittelalterlichen Kaisertums“ in der Tradition der antiken Kaiser verstand, stellt der Bezug eines christlichen auf – grösstenteils – pagane Herrscher ein historisches Problem dar.

In der Arbeit wird der Frage nach dem Kaiserbild Karls des Grossen und demjenigen der antiken Kaiser nachgegangen. Dabei gilt es zu klären, welche Elemente des Idealbilds eines Kaisers des antiken römischen Imperiums, wie es uns in den Panegyriken vermittelt wird, sich im Kaiserbild Karls des Grossen wiederfinden. So können Kontinuitäten und Brüche in der Tradition der Kaiserbilder festgestellt werden. Aufgrund dieser Fragestellung

ergibt sich die Methodik eines Vergleichs. Dabei fokussiert sich die Arbeit auf drei panegyrische Textquellen: das Karlsepos, der Panegyrikus des Plinius auf Trajan sowie der Panegyrikus des Pacatus auf Theodosius. Mit Trajan und Theodosius sind prominente Vertreter der antiken bzw. spätantiken Kaiser gewählt, deren kaiserliche Idealbilder demjenigen Karls des Grossen gegenübergestellt werden können.

Nach einführenden Kapiteln, in denen die Kaiser sowie die Quellen und Autoren näher vorgestellt werden, erfolgt der Vergleich der Lobreden im Hauptteil der Arbeit.

Dabei werden zwölf Kategorien präsentiert, die sich aus der Analyse der Quellentexte ergaben. Diese Kategorien umfassen verschiedene Aspekte, unter denen die Kaiser als ideale Herrscher dargestellt werden. Darunter finden sich etwa Ausführungen zur Religion der Kaiser, zu ihrer herausragenden Stellung oder ihrem Verhalten gegenüber Feinden. Im Schlussteil der Arbeit werden die gewonnenen Ergebnisse zusammengefasst, analysiert und ein Fazit gezogen.

Es zeigt sich, dass trotz der Tradition, in die sich

Karl der Grosse als Kaiser stellt, Transformationen im kaiserlichen Idealbild festgestellt werden können. So ist etwa aufgrund des höheren Stellenwerts des Christentums im Frühmittelalter eine Veränderung des Herrscherbildes zugunsten christlicher Werte zu erkennen.

Des Weiteren verdeutlicht sich im Karlsepos eine Darstellung Karls des Grossen, die teilweise auf antiken Traditionen gründet und somit auch Gemeinsamkeiten mit den Darstellungen Trajans und Theodosius' aufweist. Jedoch ist Vorsicht geboten, diese Elemente als direkte Übernahme im

Kaiserbild zu bezeichnen. Die sich im Vergleich herauskristallisierten Elemente, die sowohl im Kaiserbild Karls des Grossen, als auch in demjenigen seiner antiken Vorgänger zu finden sind, unterliegen teilweise den Veränderungen der jeweiligen historischen Situation. Von strikten „Brüchen“ zu sprechen ist abwegig, vielmehr gestalten sich die Unterschiede als Transformationen. Somit lässt sich sagen, dass Kontinuitäten in der Tradition der Kaiserbilder zwar vorliegen, das spezifisch historische Umfeld der Kaiser dabei aber berücksichtigt werden muss.



Benjamin Spielmann

Feilschen, Bohren, Politisieren
Das Salzwesen im Kanton Bern im 19. Jahrhundert

Masterarbeit bei Prof. Dr. Christian Rohr

Während Salz heute überall und zu günstigen Preisen erhältlich ist, war dessen Beschaffung über Jahrhunderte eine hochpolitische und kostspielige Angelegenheit. Diese Arbeit untersucht das Salzwesen im Kanton Bern im 19. Jahrhundert als Zeit des Umbruchs im schweizerischen Salzwesen. Es werden wichtige Akteure vorgestellt, das Zusammenspiel der verschiedenen Salinen analysiert und deren Beziehungen zu Bern sowie die Salzpolitik der bernischen Behörden unter die Lupe genommen.

Das knappe Gut wurde lange Zeit über weite Strecken transportiert, mit hohen Zöllen belastet und häufig nur gegen politische Zugeständnisse geliefert. Während des Dreissigjährigen Kriegs waren die Salzlieferungen oft unterbrochen, was zur Vervielfachung der Preise führte. In dieser Zeit wurden in der Eidgenossenschaft Salzmonopole errichtet, um die Preise stabil zu halten und die Versorgung zu gewährleisten. Da das Salz der Bevölkerung weit über den Erstehungskosten abgegeben wurde, spielte der Salzhandel in Bern auch in fiskalpolitischer Hinsicht eine wichtige Rolle. 1623 wurde das bernische Salzmonopol

zwar offiziell nicht eingeführt, um die Staatseinnahmen zu erhöhen. Im 19. Jahrhundert wurde dies jedoch zum erklärten Ziel. Die Abhängigkeit vom Salz nutzte insbesondere Frankreich Bern gegenüber aus. Mit Ludwig XIV. schloss die Berner Regierung ein Abkommen, nach welchem die Berner ihre Salzbezüge mit Solddienst begleichen konnten. Während der Helvetik war die Schweiz gezwungen, Salz zu horrenden Konditionen aus Frankreich zu importieren.

Bis zum Ende der Helvetischen Republik war die bernische Salzpolitik vor allem nach Frankreich orientiert. Als aber zu Beginn des 19. Jahrhunderts in Süddeutschland und in der Schweiz neue Salzlager erschlossen wurden, bestanden nun plötzlich eine Vielzahl von salzliefernden Orten und ein Überangebot an Salz. Dadurch konnte sich Bern in einem jahrzehntedauernden Prozess von der Vormachtstellung der französischen Salzproduzenten lösen.

Unter den neu entstandenen Salinen entbrannte ein Kampf um Absatzgebiete, der sich auch auf den Kanton Bern konzentrierte. Die Konsequenz war ein ständig sinkender Salzpreis, eine Verbesserung

der Salzqualität und eine Verlagerung der Verhandlungsmacht zugunsten der bernischen Regierung. Diese nutzte die Gunst der Stunde und erwirkte vorteilhafte Salzverträge, auch mit den bis dahin übermächtigen französischen Salinen. Die fallenden Salzpreise wurden mit Verzögerung auch an die Berner Bevölkerung weitergegeben, jedoch häufig erst unter grossem politischem Druck. Obwohl der Kanton Bern seit den 1850er-Jahren sein Salz vollständig bei den schweizerischen Salinen hätte beziehen können, erhielt er die Salzverträge mit den ausländischen Salinen weiterhin aufrecht. Die alte Angst, durch die Salzlieferungen wiederum von einer bestimmten Region abhängig zu werden, hielt noch Jahrzehnte an. So dauerte es über dreissig Jahre, bis zu den schweizerischen Salinen eine vertrauensvolle Geschäftsbeziehung aufgebaut war.

Nicht nur Diplomatie für die Aushandlung von Salzverträgen war gefragt. Die Berner Behörden unternahmen und förderten auch immer wieder Salzbohrversuche auf eigenem Kantonsgebiet. Über eigenes Salz verfügten Stadt und Republik Bern nur über die Saline im waadtländischen Bex. Diese konnte aber den Bedarf bei weitem nicht decken. Zudem übernahm der neu gegründete Kanton Waadt im Jahr 1803 die Anlagen. Nach vielen erfolglosen und kostspieligen Unternehmungen beteiligte sich die Berner Regierung nicht mehr an Salzsuchaktionen und überliess diese Privaten. Aber auch jene hatten keinen Erfolg. Bis zum heutigen Tag ist der Kanton Bern somit auf Salzeinfuhren angewiesen, wenngleich diese kaum mehr Anlass zu politischen Auseinandersetzungen geben.



Patrick Spiri

*Zwischen „gütlichem Einvernemen“ und „gefährlicher Weitläufigkeit“
Die konfessionelle Konfliktkultur der Stadt Frauenfeld in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts*

Masterarbeit bei Prof. Dr. André Holenstein

Im Kontext der in den letzten Jahrzehnten wieder erstarkten Konfessionalisierungs- und Konfessionsforschung untersucht die vorliegende Masterarbeit unter den Eckpunkten „gütliches Einvernemen“ und „gefährliche Weitläufigkeit“ die konfessionelle Konfliktkultur der Stadt Frauenfeld im ausgehenden 17. Jahrhundert. Die Konzepte „Konfessionskultur“ und „konfessionelle Konfliktkultur“ betrachten Religion vornehmlich als kulturelles Phänomen mit lokaler Verhaftung, woran die Masterarbeit analytisch anknüpft. Methodisch wird die Arbeit damit in den Bereich der mikrohistorischen Untersuchungen gerückt, die seit einigen Jahren die Konfessionsforschung zunehmend dominieren und, anders als die zuvor von der Forschung fokussierte Makrogeschichte, vor allem lokale Zusammenhänge und Fragestellungen wieder vermehrt in den Blick nehmen. Für

die vorliegende Arbeit wurde die Stadt Frauenfeld als mikrohistorischer Untersuchungsraum gewählt. Der Untersuchungszeitraum wurde bewusst auf die zweite Hälfte des 17. Jahrhunderts gelegt, da die Phase der Konfessionalisierung nach 1648 in der Forschung als mehrheitlich abgeschlossen betrachtet wird und sich in Frauenfeld zu dieser Zeit sowohl in dogmatischer als auch quantitativer Hinsicht mit der reformierten und katholischen Kommune zwei starke konfessionelle Gemeinden gegenüberstehen. Die Arbeit geht im Allgemeinen Fragen nach dem gemischtkonfessionellen, alltäglichen Zusammenleben auf engem Raum nach. Wie in anderen gemischtkonfessionellen Städten, war das Verhältnis zwischen Katholiken und Reformierten auch in Frauenfeld sehr fragil. Zwar versuchte man sich zu arrangieren und „gütliches Einvernemen“ aufrecht zu erhalten, jedoch

konnte dieses durch kleine Reibereien jederzeit in eine „gefährliche Weitläufigkeit“ kippen, sich also zu einem schweren Konflikt ausweiten.

Nach einem einleitenden Teil, welcher den theoretischen, analytischen und methodischen Bogen der Arbeit aufspannt, widmet sich der erste Hauptteil der Untersuchung den kontextuellen Verhältnissen, in welche die Stadt Frauenfeld im ausgehenden 17. Jahrhundert eingebettet war. Die Stadt befand sich in einer komplexen herrschaftsrechtlichen Situation. Ursprünglich eine habsburgische Landstadt, war sie seit der Eroberung der Landgrafschaft Thurgau durch sieben eidgenössischen Orte, diesen direkt unterstellt, Sitz des eidgenössischen Landvogts und damit Verwaltungszentrum des Kondominiums. In der Arbeit wird sowohl der Verflechtung der Stadt mit der eidgenössischen Landesverwaltung Rechnung getragen, als auch die politische, juristische und kirchliche Situation in der Stadt selbst thematisiert und ausgeleuchtet. Der zweite Hauptteil der Arbeit fokussiert anhand verschiedener Quellenbeispiele unter dem Eckpunkt der „gefährlichen Weitläufigkeit“ die konfessionellen Konflikte zwischen Katholiken und Reformierten der Stadt Frauenfeld in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts. Neben einem Ehestreit, der durch die Konversion des Mannes in eine konfessionell aufgeladene Weitläufigkeit mündete und beinahe zu einem innereidgenössischen Bürgerkrieg führte, werden ein Handgemenge zwischen jungen Katholiken und Protestanten, ein langwieriger Streit zwischen den beiden Konfessionen um eine Kapelle, so wie der Machtkampf der beiden Kommunen anlässlich von Ratsbesetzungen thematisiert. Alle untersuchten Konflikte haben die Gemeinsamkeit, dass sich früher oder später die eidgenössische Obrigkeit einschalten musste, um mit einem Rechtsspruch wieder „gütliches Einvernemen“ herzustellen. Auf lokaler Ebene schienen sich keine oder nur unzureichend

funktionierende Konfliktlösungsmechanismen ausgebildet zu haben. Ein weiterer wichtiger Befund ist die zentrale Rolle einzelner Akteure, wie beispielsweise der Geistlichkeit oder dem eidgenössischen Landvogt, deren Einfluss auf den Verlauf eines Konfliktes entscheidend sein konnte. Auch dieser Aspekt wird in der Arbeit berücksichtigt.

Im dritten Hauptteil wird dem „Konflikthaften“ noch die „Normalität“ gegenübergestellt. Auch dies geschieht anhand verschiedener Quellenbeispiele. Das Beispiel eines überkonfessionellen „Bundschutzes“ angesichts der Gefahr eines drohenden innereidgenössischen Bürgerkriegs in Zusammenhang mit dem Glarnerhandel, so wie der täglich gelebte gemischtkonfessionelle Austausch in der Trinkgesellschaft der Konstabler, zeigen Aspekte eines gemischtkonfessionellen Zusammenlebens jenseits grosser religiöser Auseinandersetzungen, geprägt durch ein „gütliches Einvernemen“. Damit ist auch dem zweiten Eckpunkt der Arbeit Rechnung getragen.

Die Arbeit zeigt auf, dass Konfession entgegen der gängigen Lehrmeinung auch nach 1648 noch einen wichtigen Faktor in der alltäglichen Lebenswelt der Menschen darstellte. Ihre Bedeutung ist zwar nicht mehr vorrangig in einem glaubensmässig-dogmatischen Sinne zu sehen (dieser Teil des konfessionellen Gegensatzes wurde mehrheitlich nur noch innerhalb der Geistlichkeit und durch deren Vertreter, dafür mit um so grösserer Vehemenz gelebt), sondern vor allem in einem religiös-symbolischen und funktional-pragmatischen Sinne. Konfession konnte als Vehikel für das Erreichen persönlicher oder politischer Ziele bedeutsam sein. Einerseits sicherlich durch das Netzwerk mit den eigenen Glaubensgenossen, aber eben auch als Faustpfand, mit dem sich Konflikte auslösen, eskalieren und beeinflussen liessen.



Michael Steffen

Rekonstruktion von gewöhnlichen Hochwassern am Rhein in Basel zwischen 1556-1605

Aufschlüsselung von klimatologischen Daten anhand von Ausgaben des Basler Rates

Masterarbeit bei Prof. Dr. Christian Rohr

Die Neubetrachtung bereits erschlossener Quellen in Hinblick auf klima- und umweltrelevante Details steht meiner Arbeit zu Grunde. Unter neuen Fragen im Zusammenhang mit Umwelt- und Sozialgeschichte geben bereits bekannte Quellen plötzlich neue Antworten und helfen so die bereits gekannte Geschichte unter neuen Aspekten anzuschauen. Die Wochen-Ausgabebücher des Standes Basel sind solche bereits bekannten Quellen. Durch den Ansatz der Umweltgeschichte und vor allem der Frage, welche Ausgaben für klimatologische Ereignisse wie Hochwasser getätigt wurden, lassen sich der Quelle neue Antworten entlocken. Diese Arbeit schliesst an die Arbeit von Fouquet an. In seiner Auflistung von 1446-1542 befasste er sich mit Eisgang und Hochwassern am Rhein, der Birs und der Birsig. In dieser Masterarbeit werde ich diese Bücher weiter durchleuchten um auch für die Jahre von 1555-1605 klima- und umweltrelevante Daten zu finden. Andere Daten im Zusammenhang mit Klima werden interpretiert und am Schluss der Arbeit einer kritischen Untersuchung unterzogen.

50 Jahre sind kein Zeitraumum besonders viele Daten zu erhalten. Geht man von einem Ereignis aus, welches im Schnitt alle zwei bis fünf Jahre auftaucht, kommt man auf 10-25 Niederschriften in einem Korpus von rund 10'000 Seiten. Dies traf auch in diesem Fall zu. Oft wurde über mehrere Monate kein Punkt im Zusammenhang mit Wasser, Brücken, Treibholz, Bauarbeiten, Rhein, Birs oder Birsig aufgeschrieben. Dabei ist zu erwähnen, dass bei der Kürze dieser Reihe nicht zwangsläufig grosse Hochwasser dabei sein müssen. Wir sprechen hier von hundertjährigen oder grösseren Hochwasserereignissen. Die Zeitspanne von 50 Jahren ist demnach für eine detaillierte Übersicht etwas zu kurz. Dennoch müssen pro Woche etwa vier Seiten nach diesen Angaben durchforstet wer-

den, was sich pro Jahr auf etwa 200 Seiten beläuft. Bei einer Zeitspanne von 50 Jahren sind das über 10'000 Seiten.

Die Masterarbeit ist in 8 Kapitel unterteilt. Nach der Einleitung, in welcher die Fragestellung ausgeführt, die Methode erörtert und die Quellen vorgestellt werden, folgt in Kapitel 2 ein kurzes Glossar über einige hydrologische Begriffe und die Wochenausgabebücher. Dies dient dem allgemeinen Verständnis der Arbeit und zeigt auf, unter welchen Prämissen die Untersuchung stattfand. Weiter folgt in Kapitel 3 die Auflistung der gefundenen Notizen sowie eine kurze Angabe, was in diese Aussagen - natürlich unter der angegebenen Fragestellung - interpretiert wurde. Hierbei folgen auch einige Einschübe, welche die Gesamtsituation, in welchen die Ereignisse stattfanden, erklären und ergänzen. Im nächsten Teil übernehme ich die gesammelten Daten aus Kapitel 3 und vergleiche sie mit den bereits erfassten Daten aus den verschiedensten Arbeiten wie Wetter und Pfister. In Kapitel 5 untersuche ich die Arbeitsunterbrüche der sogenannten „Bsetzer“. Hierbei ist interessant, dass die „Bsetzer“ vom Rat finanziert wurden und wöchentlich etwa gleich viel Geld bekamen. Im Winter sah dieser Umstand etwas anders aus. Die Pflasterer unterbrachen ihre Arbeit und erhielten kein Geld mehr. Diese Unterbrüche fanden in unterschiedlichen Wochen statt. Meist wurde der erste Unterbruch gegen Ende Jahr sichtbar und dauerte 3-4 Wochen. Kapitel 6 dient dazu, die Hochwasser nach einer Skala einzuteilen. Im zweitletzten Kapitel steht das Fazit. Hierbei wird darauf geachtet, die Fragen aus 1.1 noch einmal aufzunehmen und eine Antwort auf diese zu geben. Im letzten Kapitel der Arbeit befindet sich die Bibliographie, welche die Basis für diese Arbeit leistete.



Bernhard Stüssi

Selbst erschaffene Schemata
Die Erfindung des Iron Curtain

Masterarbeit bei Prof. Dr. Marina Cattaruzza

„Indem ihr alles auf diese Antinomie zwischen Osten und Westen zurückführt, müsst ihr – das ist unvermeidlich – den Schemata zum Opfer fallen, die ihr selbst erschafft.“ Diesen Vorwurf machte 1953 der im argentinischen Exil weilende polnische Schriftsteller Witold Gombrowicz seinem Kollegen Czesław Miłosz. Die Existenz einer „Antinomie zwischen Osten und Westen“ stritt Gombrowicz nicht ab, er hielt es aber – dem Zeitgeist zum Trotz – für verfehlt, den *Iron Curtain*, den Eisernen Vorhang, als vorgegebene Bedingung in allen Lebensbereichen zu verwenden. Letzteres nannte Gombrowicz die „Konzeption einer simplifizierten Welt“. War diese „Konzeption“ der Kalte Krieg, so geschah die Simplifizierung der Welt durch den *Iron Curtain* – dieser kann als eigentliche Frontlinie des Kalten Kriegs gesehen werden. Diese Arbeit geht den Fragen nach, wie der Begriff *Iron Curtain* (in Form eines Eigennamens) die eindeutige Konnotation der Trennung in Osten und Westen erhielt und wie diese Trennung als universelle Kategorie vorgestellt wurde. Im ersten Teil wird die Begriffsgeschichte des *iron curtain* von der ersten fassbaren Erwähnung (1794) als Schutzvorrichtung im Theater bis zu den ersten Verwendungen als Metapher für die Abschottung des bolschewistischen Russlands (ab 1918) betrachtet. In der Konnotation des Begriffs *Iron Curtain* trat dabei der trennende Aspekt des „Vorhangs“ zulasten des schützenden zunehmend in den Vordergrund. Bereits im Jahr 1900 sprach der irische Nationalist Timothy Michael Healy im House of Commons von einem *iron curtain*, der im Rahmen des zweiten Burenkriegs zwischen den Augen der englischen Regierung und der Tragödie in Südafrika niedergelassen worden sei. In einer solchermassen auf (National-) Staaten angewandten Bedeutung fand der *iron curtain* daraufhin vorerst im Bereich der Literatur Verwendung. Die britische Schriftstellerin Vernon Lee (Violet Paget) sah 1914 den Ersten Weltkrieg als Ursache eines *iron curtain* zwischen der britischen

und der deutschen Bevölkerung. 1915 schrieb der amerikanische Chirurg George Washington Crile von einem *iron curtain*, den Frankreich an seiner Grenze zu Deutschland hinuntergelassen habe, da es gegenüber seinem Nachbarland eine „deep rooted grievance“ habe. Deutschland trägt hierbei bereits starke totalitäre Züge (ohne dass Crile den Begriff des Totalitarismus verwenden würde). Von der deutschen Grenze auf diejenige des bolschewistischen Russlands, beziehungsweise der Sowjetunion, übertragen wurde der Begriff gleichzeitig mit der propagierten Erkenntnis, dass „Bolshevism was an article of German export“ (Alan Percy, House of Lords 1923). Dabei spielte die Wahrnehmung auch des Bolschewismus als totalitäre Ideologie eine gewichtige Rolle. Bereits die Oktoberrevolution wurde mit dem *iron curtain* in Verbindung gebracht, so 1918 vom russischen Schriftsteller Vasilij Vasil’evič Rozanov, der sie als Apokalypse der russischen Geschichte sah. 1920 beschrieb die britische Labour-Aktivistin Ethel Snowden in ihrem Buch „Through Bolshevism Russia“, wie sie mit einer Delegation hinter den *iron curtain* reiste. In den folgenden zwei Teilen der Arbeit werden räumliche und zeitliche Aspekte des *Iron Curtain* anhand der Forschungsliteratur erläutert. Es kann festgestellt werden, dass die von Gombrowicz konstatierte Simplifizierung der Welt nicht nur ein zeitgenössisches Phänomen war, sondern sich auch in grossen Teilen der neueren Forschung niederschlägt. Ausgehend von Hansjörg Siegenthalers These, dass „Textfassade eine soziale Realität“ sei und Michel Foucaults Theorie der so genannten „Heterotopien“ als tatsächlich verwirklichte Utopien wird in dieser Arbeit die Erfindung des *Iron Curtain* weiter verfolgt. Als Quellen dienen die britischen Tageszeitungen Times, Manchester Guardian und Daily Mirror. Während der *iron curtain* vor dem Zweiten Weltkrieg zwar bereits einen guten Teil seiner späteren Bedeutung als *Iron Curtain* hatte, so bestand darüber noch kein Konsens und der Be-

griff widerspiegelte aufgrund seiner verhältnismäßig geringen Verbreitung keine soziale Realität. Beides begann sich erst ab 1944 zu ändern, wobei Zeitungen eine entscheidende Rolle spielten. Die erste Erwähnung des *iron curtain* im Sinne einer Abschottung der von der Roten Armee im Zweiten Weltkrieg besetzten Gebiete ist hier in der Times vom 11. Juli 1944 zu finden – die eine deutsche Propagandamitteilung zitiert. Ab 1945 entwickelte sich in der Presse eine „britische Vorstellung des *iron curtain*“, die eine Informationsbarriere an der Grenze des sowjetischen Einflussgebiets darstellte, jedoch nicht in einer bipolaren Welt, sondern in

einer Nachkriegsordnung, in der die „Big Three“ Grossbritannien, die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion gemeinsam die Verantwortung für den Wiederaufbau tragen sollten. Winston Churchill und Ernest Bevin waren massgeblich daran beteiligt, dass dieser Ansatz auch rhetorisch zugunsten einer anglo-amerikanischen Zusammenarbeit als Gegengewicht zur Sowjetunion aufgegeben wurde. Im Nachgang der Friedenskonferenzen in Moskau und Paris wurde im Sommer 1947 der *Iron Curtain* eine durch die Presse vorgestellte soziale Realität, die über vierzig Jahre Bestand haben sollte.



Jasmin Welte

Die „Griechische Geschichte“ Helmut Berves

Masterarbeit bei Prof. Dr. Stefan Rebenich

Helmut Berve (1896–1979) war einer der einflussreichsten deutschen Althistoriker des 20. Jahrhunderts, dessen Leben und Werk heute noch interessieren und polarisieren. Begonnen hat er seine wissenschaftliche Karriere in der Weimarer Republik, gewann rasch an Ansehen und wurde im Frühjahr 1927 auf den Lehrstuhl für Alte Geschichte der Universität Leipzig berufen, wo er bis 1943 blieb. Zwar wurde seine wissenschaftliche Karriere, die er im „Dritten Reich“ erfolgreich zu gestalten vermochte, nach 1945 unterbrochen, es gelang Berve jedoch, seine akademische Laufbahn erfolgreich fortzusetzen.

Zu Berves bedeutendsten Schriften gehört zweifellos die sehr erfolgreiche „Griechische Geschichte“, die 1931 und 1932 in zwei Bänden im Herder Verlag erschien und das Griechenbild mehrerer Generationen deutlich beeinflusste. Die Masterarbeit widmet sich dieser Geschichte der Griechen, der bisher noch keine eingehende Analyse zuteil worden ist. Sie will Berves leitende Fragestellung klären und die Struktur des zweibändigen Werkes erfassen. Dessen Schwerpunkte, Wertungen, Kategorien und Konzepte werden herausgearbeitet und

ideengeschichtlich verortet. Des Weiteren wird das wichtigste Werk Berves zeit- und historiographiegeschichtlich kontextualisiert.

Eine Schwierigkeit bei diesem Vorhaben bildete die Tatsache, dass Helmut Berve die Vorbilder und Grundlagen seiner „Griechischen Geschichte“ nicht nannte und auf einen wissenschaftlichen Apparat verzichtete. Vielmehr hielt er ausdrücklich fest, dass sowohl in der Darstellung der Geschichte der Griechen als auch bei der Schwerpunktsetzung neue Wege beschritten worden waren. Gleichzeitig reflektierte Berve jedoch seine Methoden und die zugrunde gelegten Prämissen nicht.

Nach einer Darstellung des Aufbaus, des Inhalts, der zentralen Begriffe und der sprachlichen Gestaltung der Griechischen Geschichte wurden im Hauptteil der Arbeit die Schwerpunkte herausgearbeitet und kontextualisiert. Dabei zeigte sich, dass in Berves Griechischer Geschichte einige Themenbereiche einen besonderen Stellenwert erhalten. Eines der auffälligsten Merkmale der Griechischen Geschichte ist der Versuch, das ‚Wesen‘ der Griechen zu ergründen und darzustellen. Dieses Vorhaben prägte das Werk Berves ebenso

stark wie seine Aufgliederung der Griechen in verschiedene Stämme mit bestimmten Eigenarten und wirkte sich auf die Gestaltung der meisten Kapitel der Darstellung aus. Dabei wird deutlich, dass Berve einerseits in der Tradition der Romantik stand, die schon den ‚Volksgeist‘ zu ermitteln versuchte, andererseits aber auch ein Ziel verfolgte, das zu Beginn des 20. Jahrhunderts vor allem ausserhalb der Althistorie (was? wo?) angestrebt wurde. Zwar war der Versuch, das Wesen, den Geist oder den Charakter der Griechen zu erfassen auch vor Berve schon präsent, aber die dominante Einteilung des Griechentums in Stämme, die sich durch unterschiedliche Wesenszüge unterscheiden, und die konsequente Interpretation der griechischen Geschichte mit Fokus auf das Wesen stellt eine der Neuheiten dar, die wohl auf die Einflüsse zeitgenössischer Strömungen zurückzuführen sind.

Mit dem Versuch, das Wesen der Griechen zu ergründen, ist auch der Verstehensbegriff verknüpft. Berve vertrat die Ansicht, dass Geschichte ‚begriffen‘ werden müsse, dass man die Atmosphäre und den Geist nachempfinden können müsse, um geschichtliche Ereignisse richtig deuten und darstellen zu können. Um aber verstehen zu können, bedürfe es einer Verwandtschaft zwischen dem historischen Untersuchungsgegenstand und dem Historiker, hier zwischen dem griechischen Volk und Berve selbst. Bestehe diese Verwandtschaft, die hier aufgrund des Ariertums beider Parteien vorhanden sei, nicht, könne kein tieferes Verständnis der Materie erreicht werden. Eine wissenschaftliche Untersuchung werde somit unmöglich und verliere jegliche Legitimität. Dementsprechend

sah auch Berves Behandlung des Orients aus, der artfremd sei und somit weder verstanden noch richtig dargestellt werden könne. Ein Erfassen des orientalischen Wesens sei, zumindest für einen deutschen Althistoriker, unmöglich.

Neben dem Wesenskonzept, das die Gestaltung der gesamten ‚Griechischen Geschichte‘ prägt, sind auch die griechischen Stämme für die Gliederung und Darstellung des Werkes von grosser Bedeutung. Besonders im ersten Band wurden die Stämme und die ihnen zugeschriebenen Charaktereigenschaften gerne als Erklärung für historische Prozesse genutzt. Des Weiteren mass Berve aber auch der Darstellung der Archaik, der klassischen Zeit und des 4. Jahrhunderts sowie nicht zuletzt auch des Alexanderreiches und des Hellenismus eine besondere Bedeutung zu. Dabei zeigt sich, dass bei Berve besonders Gemeinschaft und Staat betont wurden, dass er ‚herausragende Einzelmenschen‘ geradezu verehrte, gleichzeitig aber einen ausgeprägten Individualismus ablehnte. Vielmehr soll sich der einzelne Mensch völlig den Bedürfnissen der Gemeinschaft unterordnen.

Trotz der Kritik an Berves Versuch, die ‚see-lische Grundhaltung‘ der Griechen zu ermitteln, beruht ein Teil seines Erfolges gerade auf diesem Aspekt. Seine Art der Darstellung, der nicht eine empirisch-wissenschaftliche Motivation zugrunde lag, die aber ein einfühlsames Verstehen und eine Erforschung des Geistes anstrebte, mag viele Zeigenossen gerade auch ausserhalb der Wissenschaft angesprochen haben.



Zwischen Philanthropie und Profit

Die Branntweinexporte des Deutschen Reiches nach Westafrika, am Beispiel Kameruns und Togos 1884-1914, im Spannungsfeld zwischen humanitär-religiöser Kritik und ökonomischem Nutzen

Masterarbeit bei Prof. Dr. Stig Förster

Schon bei der Inbesitznahme der deutschen Schutzgebiete in Togo und Kamerun 1884 wurden Stimmen laut, dies geschähe nur im Interesse der Branntweinindustrie Hamburgs. In Westafrika fand die angeschlagene deutsche Branntweinindustrie schon seit Mitte des 19. Jahrhunderts einen neuen Absatzmarkt. Der Anteil der Spirituosen an der Gesamtausfuhr aus Hamburg mit Ziel Westafrika betrug bis zu 60 Prozent. Hamburg war der mit Abstand grösste Branntweinexporteur nach Westafrika, und der Schnapshandel stellte für die deutschen Händler bald das „Standbein des gesamten Hamburger Westafrikageschäfts“ dar.

Zielgebiete des exportierten Alkohols waren einerseits die deutschen Kolonien Togo und Kamerun, andererseits wurde der weitaus grösste Teil der Exporte in die umliegenden Kolonien geliefert, die nicht unter deutscher Herrschaft standen. Dadurch gelangten die Alkoholexporte in die internationale Kritik und wurden erstmals auf der Berliner Westafrikakonferenz von 1884/85 debattiert. Dabei ging es nur vordergründig um die humanitäre Argumentation, die von den britischen Delegierten vertreten wurde. In Wahrheit ging es um wirtschaftliche Interessen in Afrika. Da keine Übereinstimmung erzielt werden konnte, wurden keine einschränkenden Massnahmen beschlossen. Neue Kritik am Branntweinhandel kam in der zweiten Hälfte des Jahrzehnts von Seiten der deutschen Missionare in Kamerun und Togo. Aufgegriffen wurde diese Kritik auch in der deutschen Heimat, wo es bald zu heftigen Debatten sowohl in Zeitschriften als auch im Reichstag kam. Das erklärte Ziel der Handelsgegner war es, eine breite Diskussion mit Einbezug der deutschen Öffentlichkeit über den Branntweinhandel zu entfachen, um Druck auf die Abgeordneten auszuüben. Schliesslich gelang es 1889 den Handelsgegnern unter der Wortführung von Missionsinspektor Franz Michael Zahn und dem Abgeordneten Adolph Stoecker eine Mehrheit im Reichstag für sich zu gewinnen, mit der Forderung, dass die Branntweinthematik

international angegangen werden müsste.

Erneut thematisiert wurden die deutschen Branntweinexporte schliesslich an der Brüsseler Antisklavereikonferenz 1889/90. Unter britischer Führung wurden in Brüssel stark erhöhte Einfuhrzölle auf Branntwein in Afrika erhoben. Daneben führte die internationale Gemeinschaft auch eine Prohibitionszone zwischen dem 20. nördlichen und dem 22. südlichen Breitengrad ein, innerhalb welcher jeglicher Handel mit Alkohol verboten wurde, falls die indigene Bevölkerung dem Branntwein noch nicht verfallen war. Die Umsetzung dieser Massnahmen unterlag aber den einzelnen Nationen. In der Folge wurden zwar in den deutschen Territorien die internationalen Zollvorgaben umgesetzt und teilweise sogar übertroffen, eine konsumschränkende Wirkung wurde aber nicht erzielt. Die Branntweinexporte in die beiden deutschen Kolonien erreichten sogar erst nach der Brüsseler Konferenz die absoluten Höchstwerte.

Dies hatte mehrere Gründe: Erstens waren die Zölle nicht hoch genug angesetzt, um die deutschen Exporteure empfindlich zu treffen. Zweitens fehlte der politische Wille zur Umsetzung der Massnahmen, da die Gouverneure in Togo und Kamerun stark abhängig von den durch die Schnapseinfuhr erwirtschafteten Zolleinnahmen waren. Drittens wurden zwar allmählich Massnahmen eingeführt wie etwa die Zollerhöhungen in Westafrika, gleichzeitig aber subventionierte Deutschland immer noch die Spirituosenexporte, was den Nutzen der Massnahmen teilweise wieder aufhob. Massgebend für eine effektive und langfristige Abkehr vom Branntweinhandel war letzten Endes die Schaffung von neuen Einnahmequellen in den beiden deutschen Kolonien, womit auch die Kolonialverwaltungen nicht mehr von den Einnahmen aus dem Branntweinhandel abhängig waren. Dies geschah erst 1907, respektive 1909, durch die Einführung der Kopfsteuer in den deutschen Schutzgebieten. Ebenfalls wurden auch weitere Importgüter wie Stahl, Lebensmittel und Kleider

bedeutender. Ohne diese wirtschaftliche Basis wäre die grundsätzliche humanitäre Einsicht des Reichstages und der internationalen Gemeinschaft nicht umsetzbar gewesen.

Der erfolgreiche deutsche Afrikahandel widerspiegelte die Aufholjagd der deutschen Industrie. Dieses Bewusstsein erklärt die heftige Reaktion der englischen Politik sowie der englischen In-

dustrie und führte schliesslich dazu, dass die englische Regierung wiederholt gegen die deutschen Branntweininteressen vorging. Jedoch erst mit dem Ausbruch des ersten Weltkrieges wurde den Forderungen der Gegner des Spirituosenhandels vollkommen Rechnung getragen. Die Handelsrouten wurden zerstört und das deutsche Engagement in Westafrika endete.



Sandro Fehr

Die Erschliessung der dritten Dimension

Entstehung und Entwicklung der zivilen Luftfahrtinfrastruktur in der Schweiz, 1919–1990

Dissertation bei Prof. Dr. Christian Rohr

Die Luftfahrtgeschichte der Schweiz stellt in der Verkehrsgeschichte ein ausgesprochenes Forschungsdesiderat dar. Der Schweizerische Nationalfonds bewilligte daher 2008 das von der Abteilung für Wirtschafts-, Sozial- und Umweltgeschichte des Historischen Instituts sowie ViaStoria – Zentrum für Verkehrsgeschichte gemeinsam initiierte Forschungsprojekt „Geschichte der Schweizer Luftfahrt“. In diesem Rahmen entstanden in den vergangenen vier Jahren drei Dissertationen zu verschiedenen Teilaspekten der Thematik, darunter auch eine über die Entstehung und Entwicklung der zivilen Luftfahrtinfrastruktur in der Schweiz, die im Folgenden kurz vorgestellt wird. Unter dem Begriff „Luftfahrtinfrastruktur“ sind einerseits Flugplätze und Flughäfen zu verstehen. Andererseits werden in der Dissertation aber auch Luftstrassen und Luftverkehrsstrecken – d. h. die eigentlichen Verkehrswege der Luftfahrt – sowie alle übrigen Flugsicherungsanlagen und -dienstleistungen als Infrastrukturen begriffen. In seiner Studie nahm der Autor in erster Linie eine ganz grundsätzliche Rekonstruktion der Entstehungsgeschichte der Luftfahrtinfrastruktur in der Schweiz vor. Dabei untersuchte er auch, welche Rahmenbedingungen und Akteure sich in welcher Weise auf diese Entwicklung auswirkten und welche erwünschten, aber auch unerwünschten Effekte von

der Luftfahrtinfrastruktur selber ausgingen. Zur Beantwortung der Fragestellung konsultierte der Verfasser einerseits öffentliche Archive wie das Schweizerische Bundesarchiv und die Staatsarchive der Kantone Zürich, Bern, Basel und Genf, andererseits aber auch diverse Unternehmensarchive wie etwa diejenigen der früheren Swissair und der Flugsicherung Skyguide. Methodisch arbeitete er u. a. mit den Konzepten der Pfadabhängigkeit und der grosstechnischen Systeme von Hughes und Mayntz.

Die weitgehend chronologisch strukturierte Arbeit beginnt mit einem kurzen Prolog über die Luftfahrtinfrastruktur in der Vorkriegszeit. Darin wird verdeutlicht, dass die gesamte Luftfahrt bereits in ihren frühesten Anfängen stark von der Verfügbarkeit umfangreicher logistischer bzw. infrastruktureller Grundlagen abhängig war. Die anschliessend abgehandelte Zwischenkriegszeit versteht der Autor als Initialphase des grosstechnischen Systems „Luftverkehr“. Damals wurden erstmals kommerzielle, nach einem festen Flugplan verkehrende Fluggesellschaften gegründet. Zu diesem Zweck waren Flugplätze erforderlich, die nicht mehr nur als Start- und Landeflächen für Akrobatik-, Rundflug- und Militärflugzeuge, sondern auch als Verkehrsknotenpunkte zu dienen hatten. Die für die Entstehung des Luftverkehrs er-

forderlichen Grundvoraussetzungen „Sicherheit“, „Zuverlässigkeit“ und „Regelmässigkeit“ konnten wiederum nur mit ausgebauten Flugsicherungsdiensten erreicht werden. Den Bau und Betrieb der stark defizitären Flugplätze finanzierten in der Zwischenkriegszeit in erster Linie die Städte und Kantone, weshalb sich die Anlagen der wirtschaftlich bedeutsamsten und bevölkerungsreichsten Zentren Zürich, Basel und Genf schon damals zu den Luftverkehrsknotenpunkten der Schweiz – dem sogenannten „Flugplatzdreieck“ – entwickelten.

Der Zweite Weltkrieg markierte auch in der Luftfahrtgeschichte eine tiefe Zäsur. So konnte in der Kriegszeit selber nur ein marginaler Luftverkehr aufrecht erhalten werden, während für die Nachkriegszeit erwartet wurde, dass sich das vormals kontinentale Luftverkehrsnetz zu einem interkontinentalen Verkehrssystem mit Grossflugzeugen entwickeln würde. Um für diesen neuartigen Verkehr gewappnet zu sein, wollte die Bundesverwaltung den Konkurrenzkampf unter den Flugplatzkantonen beenden, um stattdessen das Heft mit der Entwicklung einer eidgenössischen Flugplatzkonzeption selber in die Hand zu nehmen. In diesem Zusammenhang erwog sie auch das bisherige Flugplatzdreieck Zürich-Basel-Genf zugunsten eines gesamtschweizerischen Zentralflughafens in Bern-Utzenstorf zu überwinden, was aber aus verschiedenen Gründen scheiterte. Stattdessen beschlossen die eidgenössischen Räte, in Zürich-Kloten einen Interkontinentalflughafen zu errichten.

In der unmittelbaren Nachkriegszeit stand die Schweiz vor der Herausforderung, sich an das im Entstehen begriffene neue globale Luftverkehrssystem zu adaptieren und zu integrieren. Schon bald zeigte sich, dass nicht nur Zürich-Kloten, sondern auch Genf-Cointrin interkontinental angeflogen wurde, weshalb dieser Flughafen 1957 offiziell zum zweiten Interkontinentalflughafen der Schweiz ernannt wurde. Insgesamt konnte in dieser Phase ein unerwartet starker Anstieg des Luftverkehrs festgestellt werden, der die eben erst erbauten bzw. ausgebauten Flughäfen an ihre Kapazitätsgrenzen führte und erneut umfangreiche Ausbauten der gesamten Luftfahrtinfrastruktur erforderlich machte.

Das anhaltend starke Wachstum des Luftverkehrs wurde mit dem Aufkommen der Düsenverkehrsflugzeuge Ende der 1950er/Anfang der 1960er

Jahre zusätzlich beschleunigt, was nicht zuletzt auch die negativen Auswirkungen des Luftverkehrs vermehrt in den Fokus der Öffentlichkeit rücken liess. Insbesondere die Fluglärnthematik entwickelte sich in dieser Zeit endgültig zu einem Politikum ersten Ranges, was sich nicht nur in der gelegentlichen Verwerfung von Flugplatzprojekten in Volksabstimmungen äusserte, sondern auch seinen Niederschlag in der Gesetzgebung fand. Wie die durch eine Pistenverlängerung erzielte Aufwertung von Basel-Mülhausen zum dritten Interkontinentalflughafen der Schweiz sowie der Bau einer zusätzlichen Piste in Zürich-Kloten in den 1970er-Jahren zeigen, waren Erweiterungen der Infrastruktur grundsätzlich zwar weiterhin möglich. Insgesamt blieben grössere Projekte jedoch die Ausnahme. Stattdessen erfolgte der Ausbau der bestehenden Infrastruktur fortan nur noch in kleinen Schritten. So blieb das grundsätzliche Pistendesign der Schweizer Landesflughäfen seit der Vollendung des eben genannten Zürcher Projekts beispielsweise bis heute weitgehend erhalten.

Ein für ihre Verhältnisse beträchtliches Wachstum liess sich ab den 1980er Jahren hingegen auf gewissen Regionalflugplätzen feststellen. Dort führte der im Kontext der weltweiten Liberalisierungstendenzen und der Verbreitung entsprechender Flugzeugtypen einsetzende Regionalluftverkehr zu einer vermehrten Anbindung an das Luftverkehrsnetz und auch zu Anpassungen der Infrastruktur.

Die Dissertation wird voraussichtlich auch in Buchform publiziert. Resultate dieser Forschungen sind bereits als Aufsätze präsentiert worden: Fehr, Sandro: Unsichtbare Verkehrswege. Vom Sichtflug der Pioniere zum internationalen Luftstrassensystem, in: *Wege und Geschichte* 2011/2, S. 35–40; Fehr, Sandro: Luftverkehr, in: Martig, Peter / Dubler, Anne-Marie / Lüthi, Christian et al. (Hg.): *Berns moderne Zeit. Das 19. und 20. Jahrhundert neu entdeckt*. Bern 2011, S. 396–399; Fehr, Sandro: Als Bern noch das Zentrum der Schweizer Luftfahrt war, in: *UniPress* 145 (2010), S. 24–25; Fehr, Sandro: Die Schaffung einer eidgenössischen Flugplatzkonzeption, 1935–1956, in: Duc, Gérard / Schiedt, Hans-Ulrich / Perroux, Olivier et al. (Hg.): *Histoire des transports et de la mobilité, entre concurrence et coordination (1918 à nos jours)*. Neuchâtel 2013 (im Druck); Fehr, Sandro: Fluglärm in der guten Stube. Zu den Wechselwirkungen zwischen Luftfahrtinfra-

strukturen und wohnräumlichen Strukturen in der Schweiz, 1936–1958, in: Schweizerisches Jahr-

buch für Wirtschafts- und Sozialgeschichte 28 (2013) (im Druck).



Sanela Schmid Hodzic

Deutsche und italienische Besetzung im Unabhängigen Staat Kroatien 1941-45

Dissertation bei Prof. Dr. Marina Cattaruzza

Im April 1941 wurde Jugoslawien von den Achsenmächten Italien und Deutschland angegriffen, besiegt und anschließend in Interessensphären aufgeteilt. Dabei wurde der „Unabhängige Staat Kroatien“ (NDH), bestehend aus Kroatien und Bosnien-Herzegowina, gegründet, an dessen Spitze die faschistische Partei der Ustascha stand. Der NDH blieb von deutschen und italienischen Truppen besetzt, wobei eine von Nordwesten nach Südosten verlaufende Demarkationslinie das deutsche vom italienischen Gebiet trennte. Nach der italienischen Kapitulation am 8. September 1943 wurde auch das italienische Gebiet von deutschen Truppen erobert, und der NDH blieb bis 1944/1945 von Deutschland besetzt.

Beide Besatzungsmächte wurden im NDH mit denselben politischen, wirtschaftlichen und militärischen Besatzungsproblemen konfrontiert, die so geballt selten an Kriegsschauplätzen des Zweiten Weltkrieges auftraten. Trotzdem unterschieden sich ihre Besatzungspraktiken deutlich voneinander. Um die Besetzung zu untersuchen wurde ein vergleichender Ansatz gewählt.

Im NDH zeigten sich beispielhaft die Auswirkungen der unterschiedlichen Vorstellungen, die im Dritten Reich und Italien über die künftige Ordnung Europas herrschten. In den nationalsozialistischen Lebensraumvorstellungen war dem europäischen Südosten die Rolle des wirtschaftlichen Ergänzungsraumes zugedacht. So sollte der NDH in erster Linie deutsche Wirtschaftsinteressen befriedigen. Eine Einmischung in die Innenpolitik wurde hingegen nicht angestrebt. Allerdings standen die „Volksdeutschen“, die im NDH ansässig waren, unter einer besonderen Gesetzgebung. Ita-

lien verfolgte im Zweiten Weltkrieg ebenfalls eine Lebensraumpolitik (*spazio vitale*), die sich jedoch deutlich von dem deutschen Pendant unterschied. Die Faschisten verbanden die Idee der Expansion mit der Idee einer Zivilisierungsmission. Die Länder des Mittelmeerraumes sollten einen italienischen Lebensraum bilden, wobei sie in unterschiedlicher Ausprägung von Rom abhängig sein würden. Bevölkerungen der annektierten Gebiete (Slowenien, Dalmatien u.a.m.) sollten assimiliert werden.

Diese Divergenzen in der grundsätzlichen Zielsetzung hatten starke Auswirkungen auf die im NDH verfolgte Politik. Das Dritte Reich setzte auf politische Einflussnahme durch wenige reichsdeutsche Berater und durch die deutsche Minderheit sowie auf seine ökonomische Stärke, um die kroatische Wirtschaft zu kontrollieren. Es mischte sich kaum in die Innenpolitik des NDH ein und stationierte auch wenige deutsche Truppen vor Ort. Das faschistische Italien war politisch und militärisch zu schwach, um mit ähnlichen Mitteln Einfluss zu nehmen. Es musste außerdem aufgrund seiner Ziele eine klassische Besatzungspolitik betreiben. Italien versuchte sich die politische Einflussnahme sowie die Ausbeutung durch die Kontrolle über größtmögliche Gebiete zu sichern. Dies äußerte sich in der Stationierung zahlreicher militärischer Kräfte sowie den deutlich kürzeren Befehlswegen im Gegensatz zur deutschen Organisation.

Die deutschen und die italienischen Interessen im NDH wurden ab dem Herbst 1941 immer stärker durch die Gefahren, die von den Aufständischen ausgingen, bestimmt. Es handelte sich dabei um zwei untereinander um die Vorherrschaft kämp-

fende Bewegungen: die serbisch-nationalistischen Tschetniks und die kommunistischen Partisanen. Während sich die rein militärischen Mittel der Aufständischenbekämpfung bei beiden Armeen kaum unterschieden, – sie ließen sich nicht von internationalen Konventionen bezüglich der Besatzung und des Umgangs mit der Bevölkerung einschränken, was zu zahlreichen Kriegsverbrechen führte – unterschied sich die grundsätzliche Herangehensweise deutlich voneinander. Die Deutschen setzten auf ein rein militärisches Vorgehen: Alle Aufständischen (Partisanen und Tschetniks) sollten mit Hilfe der kroatischen Armee und der Ustascha vernichtet werden. Die italienische Armee verknüpfte hingegen bei der Aufständischenbekämpfung politisches Taktieren und militärische Methoden. Sie schloss die Ustascha aus und ging ein Bündnis mit den Tschetniks ein, um zunächst einmal die Partisanen zu vernichten.

Die Deutschen maßen der Bevölkerung keine Bedeutung bei. Die Wehrmacht hielt sich, wie schon bemerkt, aus politischen und militärischen Gründen aus der Innenpolitik des NDH heraus. Indem sie diese jedoch den Ustascha überließ, bezog sie dadurch eine Pro-Ustascha Position. Die einzige Aktion, die aktives Werben bei der Bevölkerung einbezog, war bezeichnenderweise militärischer Natur und fand bei der Aufstellung der kroatischen SS Division („Handschar“) statt. Erst nach der italienischen Kapitulation lassen sich von deutscher Seite Versuche einer eigenständigen Politik gegenüber der Bevölkerung im NDH nachweisen, die jedoch keine Auswirkung mehr auf ihr Verhalten hatten. Die deutsche Propaganda konzentrierte sich zudem sehr stark auf die Überläuferpropaganda – blieb also auch hier im Militärischen gefangen. Für die italienische Armee war hingegen eine aktive Politik gegenüber der Bevölkerung ein wesentlicher Grundsatz ihrer Besatzungspraxis. Sie nutzten sie, sowohl um sich von den Ustascha, mit welchen sie um die Macht konkurrierten, abzugrenzen, als auch um ihr Ziel von einem italienischen Lebensraum im Mittelmeer zu erreichen. Dies führte zu einem politischen Kurs, der auf der propagierten Gleichbehandlung aller Bevölke-

rungsgruppen aufbaute. Diese Politik wirkte sich besonders positiv auf die im NDH verfolgte serbische und jüdische Bevölkerung aus, die im italienischen Gebiet Zuflucht vor Verfolgungen finden konnte. Darüber hinaus spielte die Versorgung der notleidenden Bevölkerung ebenfalls eine wichtige Rolle, die durch propagandistische Maßnahmen untermauert wurde.

Die deutsche Besatzung wies nur für die Volksdeutschen und die schwindende Anzahl der Ustascha-Anhänger positive Merkmale auf, für die Masse der Bevölkerung hatte sie nur negative Konsequenzen. Die italienische Politik zeichnete sich durch ihre Janusköpfigkeit aus: Einerseits versuchten die Italiener, eine Politik zu betreiben, die den Slawen unter ihrer Herrschaft das faschistische Italien als die bessere Wahl im Vergleich sowohl zum NDH als auch zu einem kommunistischen Staat der Südslawen darstellen sollte. Andererseits wurden gleichzeitig in der Partisanenbekämpfung diese Ziele torpediert, indem die italienische Armee sich derselben Partisanenbekämpfungsmethoden wie ihr deutscher Bundesgenosse bediente, und die auf Kosten jener Bevölkerung gingen, die sie eigentlich für sich gewinnen wollte.

Die politischen Ziele, die das Dritte Reich und Italien im NDH verfolgten, diktierten die Besatzungspolitik. Sie ziehen sich wie ein roter Faden durch ihre wirtschaftliche, politische, militärische und propagandistische Tätigkeit. Dabei werden zwangsläufig bei aller Ähnlichkeit, die beide Besatzungen aufwiesen, bestimmte Unterschiede deutlich. Diese sorgten auch immer wieder für Konflikte zwischen den beiden Achsenpartnern. Angefangen bei der Wahrung italienischer Vorrechte auf den NDH, über militärische Probleme und unterschiedliche (militärische) Kollaborationen bis hin zu wirtschaftlichen Überlegungen, gab es viele Punkte, die für Spannung sorgten. Das Verhältnis zwischen den beiden Achsenpartnern vor Ort war alles andere als herzlich. Doch war letztlich der NDH für die Nationalsozialisten nicht von solcher Bedeutung, dass sie seinetwegen einen Eklat mit ihrem wichtigsten Bundesgenossen riskiert hätten.



Sabine Witt

Apostel der Reinheit

Die kulturelle Praxis nationalistischer Intellektueller in der Slowakei, 1918 – 1945

Dissertation bei Prof. Dr. Marina Cattaruzza

Nach der Gründung des gemeinsamen Staates von Tschechen und Slowaken im Jahr 1918 entwickelte sich in der slowakischen Landeshälfte ein starker slowakischer Nationalismus, der sich gegen die demokratische Verfassung richtete. Er ist als überwiegend antiliberal und modernisierungsfeindlich zu charakterisieren und bediente sich einer ethnisch-kulturellen Argumentation. Ab 1930 liessen sich auch breite Bevölkerungsschichten, befördert durch die Weltwirtschaftskrise, von rechtspopulistischen Ideen mobilisieren. Massgeblich waren daran junge, aufstrebende Intellektuelle beteiligt, die rasch in die noch kleine slowakische Elite aufstiegen.

In der Forschungsarbeit wurde untersucht, mit Hilfe welcher kulturellen Praktiken und Techniken der slowakische Nationalismus zur Leitkategorie in der slowakischen Gesellschaft wurde. Schwer gewichtig wurde dieser Frage für den Zeitraum von 1918 bis 1939 nachgegangen, ergänzt mit einem Ausblick auf die Jahre bis 1945. Die Ausgangshypothese besagt, dass kulturelle Praktiken von Intellektuellen die Kategorie des Nationalen massgeblich in der Gesellschaft durchzusetzen halfen.

Methodisch geht die kulturhistorische Untersuchung nach einem soziologischen Praxisbegriff vor. Dem Praxisansatz zufolge ist eine Nation vor allem eine Kategorie, die in einer Gesellschaft als wesentliche Deutungsinstanz etabliert werden soll. So wurden die literarischen und publizistischen Werke der sich formierenden intellektuellen Elite untersucht, mit denen sie nationale Identifikations- und Deutungsangebote schaffen wollte. Die Werke wurden nach den sich darin manifestierten kulturellen Mustern untersucht.

Zum ersten Mal wurden die mit dem Fokus auf der nationalistischen Praxis ausgewählten publizistischen und literarischen Texte zusammenhängend untersucht. Sie wurden nach sozialen und biografischen Kriterien zusammengestellt sowie nach der öffentlichen Bedeutung des jeweiligen nationalistischen Engagements. Als gesellschaft-

liche Praxisbereiche wurden kulturelle Institutionen, die Presse und die Literatur abgegrenzt und untersucht. Diese drei Kommunikationsräume waren wesentlich durch die Akteure miteinander verbunden.

Die nationalistischen Intellektuellen waren in der Regel ländlich sozialisiert und erlebten auf ihrem Bildungsweg die soziale und kulturelle Durchmischung in den Städten als Bedrohung. Bereits durch katholische Gemeindeschulen geprägt, erfuhren sie später in der Grosstadt wiederum wohlfehlliche, soziale und kulturelle Unterstützung von christlichen Einrichtungen. Die katholische Kirche selbst war durch den neuen Zentralstaat unter einen erheblichen Säkularisierungsdruck geraten. So gingen die katholische Kirche und aufstrebende nationalistische Intellektuelle eine für beide Seiten vorteilhafte Allianz ein.

Gemäss der Untersuchung der literarischen Praxis versuchten die Intellektuellen, die Nation als Gefühlsgemeinschaft in Analogie zur christlichen Glaubensgemeinschaft zu etablieren. Sie gründeten ihre nationalistischen Entwürfe und Vorstellungen auf christlichen Mythen und transformierten Elemente des christlichen Narrativs wie Martyrium, Opfer, Auferstehung und Reinigung in nationale Narrative. Besonders eignete sich die fiktionale Literatur dafür, was detailliert an Romanen und Gedichtzyklen von exemplarischen Vertretern der jungen nationalistischen Elite herausgearbeitet wurde. In der publizistischen Rhetorik wurden mythische Verfahren weniger angewendet. Doch selbst in der institutionellen kulturellen Praxis lassen sich Spuren von Mythentransformationen nachweisen.

Den ideellen Kern im Denken vieler slowakischer Nationalisten in der Zwischenkriegszeit bildete der Mythos vom nationalen Martyrium. Das Trauma von der fehlenden oder angeblich verlorenen Staatlichkeit öffnete einen kreativen Raum für die Konstruktion eines nationalen Gedächtnisses, in das sich die individuell, in der Gegenwart erfahrenen Zumutungen bestens einfügen liessen.

Die oppositionellen Nationalisten richteten sich in Zeitungen, Gedichten und Romanen vor allem gegen die tschechische Kultur und den liberal-demokratischen Zentralstaat. Die tschechische Kultur wurde als die kapitalistische, egoistische, säkulare und amoralische Macht verurteilt, die der slowakischen Nation ein neuerliches Joch anlegte und somit die Kontinuität des nationalen Martyriums verschuldete.

Eine wichtige geistige Ressource stellte für führende slowakische Autonomisten der polnische Nationalismus dar, wobei sie selbst aktuelle Grenzstreitigkeiten ausblendeten. Zur Vorbildfunktion der polnischen Kultur in der Vergangenheit und Gegenwart bekannten sich die Intellektuellen uneingeschränkt. Polen übernahm in dieser Hinsicht die Rolle eines externen Heimatlandes für die sich als nationale Minderheit gebenden slowakischen Nationalisten. Diese Prozesse spielten sich wesentlich auf der symbolischen Ebene ab, da sie auf der katholischen Ikonographie und Prägung beruhten.

Im Gegensatz zum polnischen Nationalismus hatte der deutsche Nationalsozialismus bis 1938 für slowakische nationalistische Akteure nur eine geringe Bedeutung. Die Untersuchung journalistischer Texte, literarischer Praktiken und institutioneller Aktivitäten zeigt, dass es für die breite Rezeption nach 1939 erstaunlich wenig Vorlauf in der Zwischenkriegszeit gab. Abgesehen vom Kriterium des autoritären Regimes strahlte der Nationalsozialismus zu wenig auf das Gros der nationalistischen Slowaken aus: Die Deutschen waren

historisch betrachtet das Problem der Tschechen, es fehlte eine konfliktträchtige räumliche Nachbarschaft, und sprachlich-kulturell waren die Deutschen und auch die deutschsprachige Minderheit in der Slowakei eher Repräsentanten der alten Oberschicht. Auch der restriktive Umgang des säkular auftretenden nationalsozialistischen Regimes mit den Kirchen schreckte die klerikalen Nationalisten ab.

Während die Nationalisten die christlich-mythologischen Konzepte nutzten, halfen sie zugleich der Kirche, sich in der nationalisierenden Gesellschaft besser zu verankern. Die Politisierung christlicher Werte und Vorstellungen führte allerdings auch zur Entwicklung autoritärer Elemente in der nationalistischen intellektuellen Praxis. Die Intellektuellen stellten ideelle Anschlussmöglichkeiten an den Nationalsozialismus für das autoritäre Regime ab der Autonomiephase bereit. Im Gegenzug wurden sie mit wichtigen Positionen in Staat und Verwaltung belohnt.

Folgerichtig waren die prominenten Intellektuellen unter den Nationalisten im slowakischen Staat ab 1939 unter den radikalen, das heißt säkularen Nationalisten zu finden. Denn sie erschufen überhaupt erst die Konzepte der säkularen nationalistischen Religion. Sofern sie der in die Zukunft weisenden Quasi-Religion des Nationalismus eine Stimme gaben, waren sie der Funktion nach die Propheten des Nationalen. Doch lag ihrer prophetischen Praxis die Botschaft einer ins Reale transformierten spirituellen Reinigung zugrunde. Das machte sie zu eigentlichen Aposteln der Reinheit.



u^b

^b
UNIVERSITÄT
BERN

B
e
H
O
M
M
I

ISSN 1660-1904